



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

59 (5.2.1908) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332131](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332131)

General-Anzeiger



Abonnements

10 Pfennig monatlich.
Eingeliefert 25 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Porto
ausgleich 25.42 pro Quartal.
Eingel. Nummer 6 Bg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Preisliste:

Die Colonie-Halle . . . 25 Bg.
Kauflager-Preisliste . . . 20 „
Die Kellerei-Liste . . . 1 Mark

Gelesen und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros
in Berlin und Karlsruhe.

Schutz der Inseraten-Annahme für das Mitagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-
nahmen, Druckarbeiten) 841

Redaktion 877

Expedition und Verlag-
buchhaltung 218

Nr. 59.

Mittwoch, 5. Februar 1908.

(Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst
16 Seiten.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

Ch. Karlsruhe, 4. Febr.

Das erste Vierteljahrhundert Sitzungen hat die zweite Kammer heute hinter sich gebracht; das zweite Vierteljahrhundert bricht Morgen im Zeichen akademischer Bildung an. Möge das ein gutes Omen sein! Heute gab es zuerst eine etwas längliche Debatte über die Arbeitsperrre im hiesigen Kur- und Galt. Hier wird von Weisenbach nach Forbach eine Eisenbahn gebaut; die Bauarbeiten sind einer Aktiengesellschaft übertragen. Da den Arbeitern an diesem Bahnbau teilweise höhere Löhne gezahlt werden als den Arbeitern der Kurgtalindustrie, drängen sich diese zur Beschäftigung am Bahnbau. In der vom Zentrum eingebrachten Interpellation wird behauptet, daß im Interesse der Kurgtalindustrie über die in dieser beschäftigt gemessenen Arbeiter von der Baufirma die Sperre verhängt worden ist. Die Zentruminterpellation begründete der Abg. Sieglitz, der auf die Beeinträchtigung der Arbeiter des Kurgtals durch diese Arbeitsperrre hinwies und der die Regierung um Einfügung vertragmäßiger Handhaben in die Abschlüsse mit Baufirmen bat, um solche Vorkommnisse für die Zukunft hintanzubehalten. Der Minister, Freiherr von Marschall, gab zu, daß eine teilweise Arbeitsperrre tatsächlich von einem Ingenieur ohne Wissen der Bauleitung angeordnet wurde, daß aber diese Verordnung nie gehandhabt worden sei. Ueber die Frage, ob in künftige Verträge die in der Zentruminterpellation gewünschten vertragmäßigen Handhaben aufzunehmen seien, stellt die Regierung zur Zeit Erwägungen an, deren Ergebnis dem Landtag in einem späteren Stadium noch zur Kenntnis gebracht werden wird. Mit der Antwort der Regierung erklärten sich sämtliche Redner im allgemeinen einverstanden.

Das Budget des Großh. Staatsministeriums wurde ohne Beanstandungen genehmigt. Der Abg. Binz (natl.) vertrat bei dieser Gelegenheit die Wünsche des technischen Personals des Karlsruher Hoftheaters, die eine Erhöhung ihrer Vergütungen und eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit erstreben. Nicht so glatt wurde das Budget des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten erledigt; drei Positionen wurden an die Budgetkommission zurückverwiesen. Es ist das einmal die Anforderung eines Verwaltungsbeamten nach C II und sodann die Anforderung zweier technischer Zentralinspektoren nach D I. In diesen Anforderungen erwidert der Abg. Herzog (natl.) eine Zurücksetzung der technischen Beamten hinter die administrativen Beamten, was freilich der Minister von Marschall nicht wahr haben wollte. Der Antrag Herzogs jedoch, die Positionen zur nochmaligen Prüfung an die Budgetkommission zurückzuverweisen, fand die Zustimmung des ganzen Hauses.

Auf der morgigen Tagesordnung steht das Budget der Hochschulen, zu welchem der Abg. Obkircher (natl.) den Bericht der Budgetkommission erstattet.

Eine eindrucksvolle Rundgebung

darf man die gestrige von den vereinigten liberalen Parteien eintretende Blockversammlung nennen. Leider gelingt es ja nicht oft so große Versammlungen zusammenzubringen. Die politische Gleichgültigkeit ist groß und wird wohl, wie es scheint, auf immer der schlimmste Feind gerade der liberalen Parteien bleiben, wir haben Resignation gelernt. Gestern wurde es wieder einmal eine wirklich große politische Manifestation, gewiß in erster Reihe der zahlreich vertretenen Beamtenschaft aber darüber hinaus der bürgerlichen, auf dem Boden des Liberalismus stehenden Kreise Mannheims. Man gewahrte die Vertreter der verschiedensten Berufsstände. So kam schon rein äußerlich zum Ausdruck, daß die Beamten- und Gehaltsstärkfrage als eine Frage von eminenter politischer Bedeutung, daß sie das Interesse und die Anteilnahme weitaus aller Kreise wieder einmal in Fluß zu bringen wußte. Sie wird manchem als die politische Frage Badens schließlich erscheinen.

Wir würden den Eindruck der gestrigen Rundgebung des liberalen Bürgertums zugunsten einer Verbesserung des von der Regierung vorgelegten Gehaltsstärkabschwächen, wollten wir an dieser Stelle einen dürftigen Extrakt aus den Reden der Abgg. Obkircher und Vogel geben, die die jähwende Materie mit ebenso viel Sachkunde, wie Wärme und Nachdrücklichkeit behandelten. Aber auch mit der Ruhe des verantwortlichen Politikers, der die Interessen des Beamtentums vertritt, weil sie vertretbar sind und von der Regierung nicht genügend wahrgenommen werden, nicht aus Agitationsbedürfnis. Wir verweisen auf die ausführlichen Berichte, die die Leser an anderer Stelle des Blattes finden, und empfehlen gründliche Einsichtnahme, die gestern gehaltenen Referate führen vorzüglich in die komplizierten Fragen ein und zeigen die Ziele, die dem liberalen Politiker als erstrebenswert vor-schweben müssen.

In einer Protestversammlung wie der gestrigen kann die Regierung unmöglich kühl vorübergehen. Eine so eingehende und plausible Begründung der Beamtensforderungen, wie Obkircher sie gab, kann unmöglich unter den grünen Tisch gleiten, sie erzwingt sich Beachtung, auch wenn es noch so unangenehm berühren mag, alle Köpfe abzuschneiden. Die Regierung kann nicht übersehen, welchen Widerhall Obkirchers Worte in der Versammlung fanden, die eine Versammlung nicht so sehr der Interessenten, als der politischen Gruppen Badens war, die doch hoffentlich trotz Waderscher Klünste immer die ausschlaggebenden bleiben werden. Als Obkircher erklärte, er habe das Gesetzgebungswerk mit wachsendem Eifer gelesen, da wendeten diese Worte ein ungemein lebhaftes Echo — hoffentlich bis Karlsruhe hin.

Die Frage des Gehaltsstärks liegt tatsächlich so, daß nicht nur die Interessenten — was ja immer selbstverständlich erscheinen wird — von der Unzulänglichkeit des Gesetzgebungs-werkes überzeugt sind, sondern eben auch die weitesten bürgerlichen Kreise, die ein sehr großes Interesse an einer guten Verwaltung haben. Was Obkircher über die knifflige Frage

des eintretenden Beharrungsstandes mit Präzision wie Humor vortrug, das ließ auch den Laien wohl die Ahnung aufdämmern, daß in Karlsruhe eine sehr fleißige, aber ungemein bürokratische Arbeit geleistet worden ist, der ungemein viel Mühe von Frische und Beherzigkeit fehlen. Liberal sein heißt den berechtigten Anforderungen der Zeit genügen, und bürokratisch sein, zunächst einmal selbst die berechtigten Forderungen als nicht berechtigt anerkennen, und dann nach vielen Wenn und Aber doch hinterher bewilligen, was gleich hätte kommen sollen.

Die Verbesserung des Gehaltsstärks und des Beamtengesetzes ist eine politische Forderung des Liberalismus. Neben dem national-liberalen Juristen vertrat sie der zur Demokratie sich zählende Geschäftsmann und die übrigen Redner der freisinnigen Volkspartei um, standen auf demselben Boden oder hatten sich durch des Hauptredners zwingende Beweisführung überzeugen lassen.

Die Forderungen, die von der gestrigen Versammlung nach Karlsruhe getragen wurden, sind soweit sie den Gehaltsstärk angehen, folgende: Erhöhung der höchsten Beträge, Erhöhung der außerordentlichen Zulage, Einschränkung des Gehaltsstärksystems, Inkrafttreten des Gesetzes auf 1. Januar 1908, Gleichstellung der Beamten innerhalb der Gruppen, soweit sie gleiche Vorbildung und gleiche Verantwortung haben. Die in den Rubrikand getretenen Beamten und ihre Hinterbliebenen müssen gesetzlich ein Recht auf höhere Bezüge erhalten. Einreichung der Lehrer in den Gehaltsstärk an der zukommenden Stelle.

Wir wiederholen, es sind Beamtensforderungen, die die liberalen Parteien Badens zu den übrigen gemacht haben. Herr Stadtrat Vogel konnte dann des weiteren fordern, daß im Beamtengesetz so manches unwürdige Ueberbleibsel alter, aber nicht guter Zeiten, beseitigt werde (Conduitenliste u. dergl.) Die Regierung weiß also, daß sie es nicht nur mit der Beamtenschaft, sondern auch mit den liberalen Parteien zu tun hat. Und gerade aus diesen Gründen erwarten wir auch mit dem Abg. Obkircher, daß schließlich doch eine Einigung mit der Regierung ermöglicht wird, wenn erst einmal eine Einigung der Verbände herbeigeführt ist, die die Verantwortung für die Verbesserung tragen, nachdem die Regierung sich so erstaunlich zurückhaltend gezeigt hat.

Darauf hinzuwirken ist mit allen Mitteln, vor allem auch in der Presse, die die Pflicht hat, den Wünschen und Anregungen der Beamten Verbreitung zu geben. An einem zufriedenen, unbesiegbaren, kampfkräftigen Beamtentum haben Staat und Bevölkerung gleiches Interesse, auch der Steuerzahler, mag er zunächst auch in die Tasche greifen müssen. Rechtsanwält König sagte gestern, die schlechteste Verwaltung sei die teuerste. Und die Erfahrung des Alltags lehrt, daß der Tag stimmt.

Obkirchers Mahnung an die Beamten, die Frage des Gehaltsstärks ruhig und sachlich zu behandeln, in den Petitionen zu vermeiden, daß eine Beamtenschaft die andere befrachtet, den Körpergeist der Beamten in der Gesamtheit zum Ausdruck kommen zu lassen, sollte die gedächende Beachtung finden.

Neuys Missionen.

Ein frühlicher Roman von Wilhelm Segeler.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die Frau Pastorin oder schien sich nur zu freuen, daß ihre Schar wieder schmälerte. Den heute es man ohnehin festlicher als sonst, wegen der Anwesenheit eines lieben Gastes. Und da kam es auf einen verdohten Regen mehr oder weniger nicht an. Als sich dann schließlich doch der Eifer gefüllt hatte, klingelte draußen der Schlägen des Doktor Jungheims, den der Pastor hatte herüber bitten lassen, damit er wegen Neuys Reise mit Fräulein Felsche Rücksprache nähme.

Der alte Doktor Jungheim hatte seit zwanzig Jahren eigentlich nur Bauern zu kurieren gehabt. Bei Neuys Leiden hatte er denn auch zuerst seine altbewährten Medikamente in Anwendung gebracht: Nicotinsäure und Mangel; da diese beiden Mittel aber nicht halfen, so suchte er einen großen Entschluß und verordnete seine erste Dosis.

„Meine Kuren für die Bauern und fürs Kindelich schloßen bei dem kleinen Fräulein nicht an. Das Beste wäre, wenn wir sie eine Zeitlang nach dem Süden schickten“, sagte er zum Pastor.

Und als dieser um nähere Angaben des Ortes bat, nannte er Montreux am Genfer See, da er dort selbst einmal vor undenklichen Zeiten gewesen war.

Dies schien wirklich ein ausgezeichnetes Vorhaben zu sein, denn Neys wurde allein von der Hoffnung auf diese Reise beinahe wieder gesund. Ein schmerzhaftes Wund hatte ihr über Nacht gar nicht kommen können. Seitdem Peter in Genf war und von dort seinem alten Lehrer eine Postkarte mit Ansicht geschickt hatte,

schien ihr der Genfer See wie ein Stück des blauen Himmels selbst, das sich auf die Erde gesenkt hatte, und dessen blühende, sonnige Ufer gleich einem lauschenden Paradies den Menschen zur Lebensfreude einluden. Sie hatte sich so in die Freude hineingelebt, daß sie vor einer Enttäuschung zitterte, denn alles hing von der Tante Ida ab. Es hieß bei ihrer Sparsamkeit, die auch im Pfarrhaus bekannt war, in eine so große Reise einzuwilligen? Und ob sie überhaupt so reich war, wie die Pastorin leute munkelten? Denn namentlich Frau Weerenbusch hatte öfters die feste Ueberzeugung ausgesprochen, der fetten alten Jungfer ging es gar nicht so schlecht, wie sie immer täte, sondern sie sähe ganz hübsch in der Woll. Aber das war nur eine Vermutung, und vielleicht verhielt sich alles anders.

Ganz bloß der Aufregung, von ihrem nervösen Gatten noch mehr gequält als sonst, sah Neys am Tisch und überlegte hin und her, was der Doktor mit ihrer Tante nebenan wohl verhandeln mochte. Dieser Duster aber ward ihr klar. Denn es war das beste Argument für den Arzt. Als die Tante allerhand Einwände machte, wurde er schließlich groß und sagte:

„Hören Sie nicht! Das ist ein ganz wohl ausgebildeter Bronchialkatarrh. Die Kleine muß fort. Aber heute als morgen. Sie hat nicht so 'ne Pferdenatur wie Sie und ich. Dies verdammte Schneegestöber ist das reine Gift für sie.“

Tante Ida war von der Roheit dieses Bauernbroschens aufs tiefste empört und dachte bei sich: „Ein Leipziger Arzt würde so zu mir nicht zu sprechen wagen!“ Doch da der Leipziger Arzt — ein mit Arbeit überhäufte Professor, der seine ewig klopfende Patientin für einen Winter vom Hals haben wollte — ihr selbst einen Aufenthalt in einem klimatischen Kurort empfohlen hatte, so ließ sie sich schließlich überreden, für die Gesundheit der Nichte das Opfer zu bringen.

Nach einer geraumen Zeit erschien der Doktor mit der Tante wieder. Wie die Unterredung ausgefallen war, wurde nicht ge-

sagt. Als aber der Arzt sich verabschiedete, ließ Neys hinter ihm her, und da verriet er ihr, daß die Tante einwilligt habe.

„Aber Schweig! hat's gelöst!“ sagte er hinzu. „Ich will lieber zehn Bauernweiber bürgern, entschuldigen Sie den bescheidenen Ausdruck, Fräulein, als diese alte Jungfer noch einmal zu einem Entschluß zu bringen.“

Nachdem Neys zu Welt geschickt war, lebten die drei Alten sich in des Pfarrers Stubierstube, und dort legte die Frau Pastorin Fräulein Felsche ihre Ueberlegung vor.

Das Fräulein ging mit der unterwürfigsten Niedrigkeit, zugleich aber mit der größten Genauigkeit Börsen für Börsen der in ein kleines Buch eingetragenen Ausgaben durch. Die Frau Pastorin wurde bei dieser Kleinerei immer etwas nervös. Denn die alte Jungfer wollte bei jedem Klein wissen, erheben, wieviel der Stoff, zweitens, wieviel der Nachschuß und drittens, wieviel die Putzerei gekostet hatten. Nach langer Arbeit war man endlich so weit gekommen, die einzelnen Summen zusammenzusetzen. Dabei bekam die Frau Pastorin 27 Mark 93 Pf. heraus, bei Fräulein Felsche aber, die nachgerechnet, ergaben sich nur 27 Mark 23 Pf.

Die beiden Frauen, von denen die eine nichts aniel bezahlte, die andere sich nichts lassen lassen wollte, stritten hin und her. Der Pastor aber, der von der Sache nun genug hatte, meinte, man könne die Pfennige in die Armenbüchse tun und die Summe auf 27 Mark abrunden.

„Das wollen wir tun“, sagte Tante Ida, „und dadurch unser Ehrentitel zur Verringerung der Not beitragen. Ich bin zwar schon in Leipzig Mitglied des 'Vereins gegen Armut und Vettelei', und das Leben wird immer teurer . . . Ja“, fuhr sie fort, die Rechnung zusammenfassend, „das Leben wird immer teurer. Wenn ich bedenke, daß ein junges Mädchen den ganzen Winter in einem Vierteljahr 27 Mark an Nebenausgaben verbraucht . . .“

„Aber bitte sehr“, versetzte die Frau Pastorin, „dabei sind doch Kleider, Schuhe und Strümpfe einbezogen!“

Dann ist zu hoffen, daß schließlich auch die großherzoglich badische Regierung in Karlsruhe einzieht, ihr Gesetzentwurf, in dem man sie und da allbreitischen Konfessionsmus zu spüren vermeint, müsse etwas mehr von weit-herzigem liberalen deutschen Geist erfüllt werden, der doch süddeutsche Tradition sein soll, so viel man weiß.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 5. Februar 1908.

Zentrum politisch.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die „Königliche Volkszeitung“ veröffentlicht eine Mitteilung aus Berlin, welche, wie sie meint, von aktuellem Interesse wäre, falls sie sich bestätigte. Danach habe der Kaiser für den nächsten Sonntag als Grundtext für die Predigt in der Schloßkirche angesetzt, 2. Mose, 12, 49: „Einzelne Gesetz sei dem Einzelnen und dem Fremdling, der unter Euch wohnt.“ (Uebersetzt von Dr. M. Luther.) Der Text ist schon vor längerer Zeit dem Hofprediger mitgeteilt worden. Auf eine schriftliche Rückfrage, wie der Summus episcopus die Stelle behandelt wissen wollte, ist geantwortet worden, er möge sich an den Geist der heiligen Schrift halten, von welcher auch am Hofe kein Jota geraubt werden dürfe. Darob ist große Verlegenheit, namentlich, seitdem bekannt geworden ist, daß das ganze preussische Staatsministerium zu dem Gottesdienst befohlen ist. Man denke dabei unwillkürlich an die Entignungsvorlage. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß die Angabe des Kölner Blattes, die den Anschein von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und dem Staatsministerium erwecken sollen, von Anfang bis zu Ende erfunden sind. Nächsten Sonntag ist in der Schloßkirche überhaupt kein Gottesdienst.

Deutsches Reich.

(Verfassungsänderung in Elsaß-Lothringen.) Im Landesausschuß gab Staatssekretär von Roeder zur ersten Lesung des Etats bekannt: Er habe vom Reichskanzler die Mitteilung erhalten, daß er die Anträge zur Verfassungsänderung in Elsaß-Lothringen dem Bundesrat vorgelegt habe. Bei der Erörterung sei ein Teil der Anträge als geeignet zur weiteren Verfolgung bezeichnet worden, während sich beim anderen Teil Schwierigkeiten ergeben hätten, die bis jetzt durch die eingeleiteten Verhandlungen nicht behoben seien. Der Reichskanzler hoffe jedoch, daß die Beratungen des Bundesrats dazu führen werden, die Verfassung in Elsaß-Lothringen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung fortzubilden und so auch die Wünsche des Landesausschusses in bestimmten Grenzen der Erfüllung entgegenzubringen.

Rundschau im Auslande.

Der gekränkte Botschafter.

Der französische Botschafter in Petersburg, Combarb, der in einer Note des Petersburger Journals „Grosboudin“ an seine Adresse gerichtete beleidigende Ausdrücke erhielt, wandte sich an den Minister des Aeußeren mit der Erklärung, die gegen ihn gerichtete Note sei eine ihm als Vertreter der französischen Republik in Rußland zugefügte Beleidigung; er erbat daher den Schutz der kaiserlichen Regierung, da die Beleidigung über die strafrechtliche Verfolgung seitens der Staatsanwaltschaft wegen einer Beleidigung von Vertretern befreundeter Mächte durch Brechungen keine Bestimmungen enthalten. Es erfolgte die Mitteilung, daß der Petersburger Staatsanwalt klagt, daß ihm durch die Verhängung des außerordentlichen Schutzes ausstehenden Rechts den Reklamen des „Grosboudin“ wegen Verletzung der obligatorischen Bestimmungen vom 15. Juni 1907 auf administrativem Wege einer Geldstrafe von tausend Rubel unterworfen. — Rummer wird auch offiziell bestätigt, daß Vizeadmiral Tschubarz zum Nachfolger Kommandos als Botschafter in Petersburg ausgesendet ist.

Badische Politik.

o. c. Karlsruhe, 4. Febr. Die heutigen vereinigten Linksliberalen dankten am 6. Februar hier eine öffentliche Protestversammlung gegen die Wahlrechtsklärung des Fürsten Wilhelms. Redner ist Rechtsanwalt Dr. Bürger-Strasburg.

„O Weib,“ sagte der Pastor, „strenge niemals gegen eine erkrankte Waise! Das Leben wird jeden Tag teurer. Dar-über braucht man keine Worte zu verlieren. Und nun wollen wir von heiteren Dingen reden.“

„Präulein Fiesche holte nun aus tiefer Brust Atem und sagte: „Ich möchte mich noch herzlich bei Ihnen und Ihrer lieben Frau, vor allem bei Ihnen, hochverehrter Herr Pastor, für die stillerliche Unterweisung bedanken, die Sie dem Kinde angedeihen ließen.“

„Nun Melly ist mit allen Lieb und aus Herz gewachsen.“

„Das freut mich herzlich, Gott, wenn ich denke, was meine Richte in einer anderen Umgebung geworden wäre, bei den verhängnisvollen Anlagen, die Sie hat! Diese unglückliche Platten-herstellung von ihrer armen Mutter! Wie hat diese bösen müssen! Und Sie wissen doch,“ fuhr sie leiser fort, „Ihr Vater war ein notorischer Verschwenker.“

„So?“ meinte der Pastor.

„Er hat Unsummen durchgebracht. Aber Sie selbst haben davon an dem Kinde nichts bemerkt?“

„Nur Verleumdung hat Sie wirklich keine Gelegenheit. Wenn Sie einmal ein paar Äpfel zu viel an, so kann man für daß nicht so hoch rechnen.“

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Zum Schutz des Gesamtbildes der Heidelberger Schloßruine und deren Umgebung wurde der Paragraph 13 der städtischen Bauordnung wie folgt abgeändert: Bauten, welche im Hinblick auf die handhabung der Ausführung die Annahme rechtfertigen, daß durch ihre äußere Erscheinung im Zusammenhang mit ihrer Lage das Gesamtbild der Schloßruine und deren Umgebung herabgemindert wird, können von der Polizeibehörde untersagt werden. Bauten an der neuen Schloßstraße, dem Schloß-

Aus dem Reichstag.

* Berlin, 4. Febr. Die Kommission des Reichstages für das Reichsvereinsgesetz nahm § 2 an, welcher vor- schreibt, daß die Satzungen und das Mitgliederverzeichnis den zuständigen Polizeibehörden einzureichen sind, mit der Ver- merkung, daß die Satzungen in deutscher Sprache einzureichen sind. Ausnahmen von der höheren Aufsichtsbehörde zugelassen werden können und daß Personennachrichten, die vorübergehend zu- sammenzutreten, um Vorbereitungen für Wahlen zu öffentlichen Körperschaften zu treffen, nicht als Vereine im Sinne des Reichsvereinsgesetzes gelten.

Zum Königssturm in Portugal.

* Lissabon, 4. Febr. Eine halbamtliche Note bezieht sich die Meldung eines auswärtigen Blattes, nach welcher der Sturz des Ministeriums Franco dem Eingreifen Englands und Frankreichs zugeschrieben sei, als unrichtig. Ebenso unrichtig sei die Meldung, daß Spanien und Italien die Absicht kundgegeben hätten, einzugreifen, um den Frieden in Portugal zu sichern. Im allgemeinen, so wird erklärt, seien die Mächte entschlossen, das Recht Portugals, seine inneren Angelegenheiten selbst zu regeln, zu respektieren.

* Lissabon, 4. Febr. Das Ministerium hat sich definitiv wie folgt konstituiert: Admiral Ferreira do Amaral, Vorkrieg und Inneres; Campos Henriques, Justiz; Agostinho G. Ribeiro, Marine; Wenceslau Lima, Auswärtiges; Sebastião Telles, Krieg; Espregueira, Finanzen und Collet Ragalhas, öffentliche Arbeiten. Das Ministerium wird heute im königlichen Schloß zusammengetreten. Ferreira do Amaral, Ragalhas und G. Ribeiro sind unabhängig, Henriques und Lima sind Regeneratoren, Telles und Espregueira Progressisten; Ragalhas und G. Ribeiro sind zum ersten Mal Minister.

* Lissabon, 4. Febr. Der Kriegsminister erklärt, die Gerüchte vom Ausbruch der Revolution in Oporto seien unbegründet. Es hätten dort nur einige Strömungen stattgefunden, aber eine Empörung sei weder unter der Zivilbevölkerung, noch unter dem Militär zu bemerken.

* Petersburg, 4. Febr. Nach Eröffnung der Sitzung beschloß die Reichsbank auf einen Antrag des Präsidenten einstimmig der portugiesischen Regierung durch den Gesandten in Petersburg ihr Beileid auszudrücken. Das Andenken des ermordeten Königs und Kronprinzen wurde durch allgemeines Gedenken von den Plätzen geehrt. Nach dem Präsidenten sprach der Minister des Aeußeren, welcher darauf hinwies, daß die Regierung sich vollständig dem einstimmigen Beschluß der Reichsbank anschließen und das Beileid Rußlands dem portugiesischen Volk ausdrücken, mit dem es in Freundschaft verbunden sei. Die Rede des Ministers wurde mehrmals vom Beifall des Hauses begleitet. Während des Beileidsvortrags hatten die Sozialdemokraten den Saal verlassen.

* Rom, 4. Febr. Der König von Italien wird bei den Reichsfestlichkeiten für den König Carlos durch den Herzog von Turin vertreten sein.

* Rom, 4. Febr. In der Kammer, die heute ihre Arbeiten wieder aufnahm, erinnerte der Präsident bei Beginn der Sitzung an den Mord in Lissabon und fügte hinzu, daß er sich beileide, durch den Minister des Aeußeren das Beileid der Kammer der königlichen Familie und der befreundeten Nation zu übermitteln. Er bittet auch um die Ermächtigung, das aufrichtige Beileid der Kammer auch den erhabenen Frauen zur Kenntnis zu bringen, die auch der italienischen königlichen Familie nahe ständen und die in ihrer geistlichen Mutter- und Gattinnenliebe so schwer getroffen seien. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Der Ministerpräsident Giolitti erklärte, er schließe sich den Worten des Präsidenten an, die mit den Gefühlen der ganzen italienischen Nation in Übereinstimmung ständen. (Lebhafte Zustimmung.) (Chiesi (Republikaner) meinte, es sei parlamentarischer Brauch, den Vertreter der befreundeten Nationen, die von einem Unglück betroffen wurden, das Beileid auszudrücken; aber jetzt, wo die nationale Verfassung Portugals gewaltig unterdrückt sei, habe er es für seine Pflicht, dem portugiesischen Volk seinen Gruß zu senden. (Unruhe im Zentrum.) Ministerpräsident Giolitti protestierte lebhaft gegen unerlaubte Einschüpfung in die Politik anderer Länder. (Lebhafte Beifall.) Der Präsident fügte hinzu, man dürfe nicht über dasjenige urteilen, worüber nur die Geschichte ein Urteil zu fällen habe. — Auch im Senat erklärte der Präsident vor Eröffnung der Sitzung des Staatsgerichtshofes, er müsse dem Gefühl des Abscheus Ausdruck geben, das er und der Senat gegenüber dem entsetzlichen Verbrechen empfinde, das die ganze zivilisierte Welt, sowie das portugiesische Königs-

haus mit Schmerz erfüllt und auch die so geliebte italienische Herrscherfamilie tief berührt. (Einstimmiger Beifall.) Der ganze Staatsgerichtshof erhob sich bei der Kundgebung.

Die Aenderung des Beamtengesetzes und der Gehaltsordnung im Lichte der Kritik.

Die Versammlung, die gestern Abend auf Veranlassung der vereinigten liberalen Parteien im Ballhaus stattfand, muß als eine der bedeutungsvollsten und beachtenswertesten in der reifen Zahl von Zusammenkünften bezeichnet werden, die die Bekanntgabe der von der Regierung geplanten Aenderung des Beamtengesetzes und der Gehaltsordnung begleitet hat. Schon lange vor Beginn der Versammlung waren die Lokalisitäten bis auf den letzten Platz besetzt, jedoch sich die Späterkommenden — und es waren ihrer nicht wenige — mit einem Stiefplatz begnügen mußten. Der Andrang war so stark, daß man wohl nicht zu viel behauptet, wenn man sagt, daß selbst weit größere Lokalisitäten gefüllt worden wären. Erstlichensweise waren nicht nur diejenigen, die es direkt anging, die Beamten, äußerst zahlreich vertreten, sondern auch viele Kreise unserer Bürgerschaft, die durch ihr Erscheinen von neuem den Beweis lieferten, daß es sich bei der Aenderung des Beamtengesetzes und der Gehaltsordnung um eine Frage handelt, die die Allgemeinheit in ganz hervorragendem Maße interessiert. Erstlichensweise hat aber auch der Verlauf der Versammlung den Beweis erbracht, daß die liberalen Parteien davon überzeugt sind, daß die von der Regierung vorgelegene Erklärung der Verträge ihrer Beamten nicht den berechtigten Wünschen entspricht und daß die liberalen Abgeordneten in der 2. Kammer mit aller Entschiedenheit die beseuernde Hand an die Gesetzgebung legen werden. Die Versammlung ist bereits an lebender Stelle einer eingehenden Würdigung unterzogen worden, jedoch wir uns mit der bloßen Verlesung begnügen können. Selbstverständlich ist es nur möglich, die Ausführungen der Referenten nur im Auszuge wiederzugeben. Hat doch der erste Redner, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher, allein 13 Stunden gesprochen.

Herr Rechtsanwalt König

eröffnete gegen 9 Uhr die imposante Versammlung mit beseuernden Begrüßungsworten. Der zahlreiche Beifall, so führte der Redner aus, nicht bloß aus den Reihen der Beamten, sondern auch aus den Kreisen der Bürgerschaft, welchen die Beamten nicht angehören, ist ein erfreuliches Zeichen, denn er zeigt, daß Verständnis herrscht für die Frage, die uns heute Abend beschäftigen wird. Das Beamtenrecht und die Gehaltsordnung sind zwar zunächst Dinge, welche die Beamten angehen, aber weiterhin ist zu sagen, daß es sich hier um eine Frage handelt, die von höchst wichtiger Bedeutung für die Allgemeinheit ist; denn alle die großen und kleinen Aufgaben des öffentlichen Lebens ruhen vornehmlich in den Händen der Beamten und davon, wie die Beamten sich diese Aufgaben erledigen, hängt das geistige und körperliche Wohl des Landes ab. (Beifall.) Wenn man deshalb an eine Frage herantritt, wie die heutige, kann es nur geschehen in dem Bewußtsein, daß man sagt, wir wollen nicht die billige, sondern die beste Verwaltung. (Lebhafte Zustimmung.) Jedes Land hat diejenige Verwaltung, die es verdient und solche Aufgaben kann nur leisten eine erprobte, eine arbeitsfähige Beamtenchaft, eine Beamtenchaft, die erfüllt ist von den hohen Idealen ihres Berufes. Wir dürfen uns glücklich schätzen, im Lande haben eine solche Beamtenchaft zu besitzen. Es bedarf dies nicht meines Zeugnisses. Ich möchte aber doch bei dieser Gelegenheit unter Ihrer Zustimmung dies mit Dankbarkeit und Anerkennung hervorheben. Diese hohe Mission kann die Beamtenchaft nur dann erfüllen, wenn die Arbeit im Dienste des Staates den Mann ernährt, der diese Arbeit leistet. Jede ehrliche Arbeit muß ihren Lohn erhalten und das gilt vor allem für denjenigen Mann, der nicht für sich arbeitet, sondern der sein ganzes Können einsetzt im Interesse der Allgemeinheit, das sind die Beamten. Eine solche Leistung kann nur derjenige Beamte vollbringen, der zufrieden sein kann und zufrieden kann der Beamte nur dann sein, wenn seinen berechtigten Ansprüchen Gerechtigkeit widerfährt von der obersten bis zur untersten Kategorie. So möchte ich mit dem Wunsche schließen, daß das Werk eine möglichst glückliche Lösung findet.

Landtagsabgeordneter Landgerichtsdirektor Dr. Obkircher, der alsdann lebhaft beifall, zu seinem Referat das Wort

haben wir die sogar besonders produktiv eingerichtet, nun darf-ber aber nicht unterschätzt werden. Wir haben somit für die-angegeben, damit du in zwei Theatern zur Abwechslung sitzen kannst, aber besondere Anstrengungen darfst du jetzt nicht weiter beanspruchen, nach dieser Richtung müßt du dich bescheiden. Jedes Theaterpublikum ist hier und da einmal beglückt und im innersten Kern seines Wesens zum Lachen aufgeleitet. Darin- hat die Kölner nicht: Kälte, aber, und insbesondere der Moment ist überall ein sehr ungemütliches Wesen, das pe-dantisch darauf sieht, daß es auf seine Kosten kommt. Wir per-sonlich haben in Köln seit langem die Ansicht, daß die Leistungen unserer städtischen Theater zum Teil ausgezeichnet, zum anderen Teil zwar im einzelnen kritisch, aber doch auf anstän-diger Höhe stehen. Hier tritt aber nun doch das künstlerisch ideale Element in seine Rechte. Wir müssen es für eine ganz ver-schiedene Sache erachten, das Publikum anzulocken, daß es be-schäftigt in seinen Ansprüchen werde. Das heißt gar nichts an-deres, als die künstlerische Entwicklung der Großstadt Köln ein-schleppen, dem Publikum eine gewisse Geistesnahrung zu geben, die erst recht nicht dazu führen kann, das Interesse am Theater-beit zu verlieren.

Eine Forderung des Stadivordneters Justizrats Kaufen über die Kritik ist in diesem Zusammenhang besonders zu be-achten. Justizrats Kaufen ist sehr befriccht von einem Vergleich der hiesigen Bühne mit den Leistungen auswärtiger Theater und läßt die Meinung erkennen, als ob die hiesige Kritik mehr oder minder häufig die hiesigen Leistungen gegen auswärtige zurück-lege. Er äußert sich zugleich dahin, daß die Theaterkommission von den Ansprüchen der Kritik geradezu geblendet würde. Dem-mit können doch nur kritische Theaterbesucher gemeint sein. Die wirkliche Kritik müssen wir dagegen entschieden verwerfen. Im Vergleich mit verschiedenen anderen Städten ist die hiesige Kritik sowohl in der Oper wie Schauspiel durchschnittlich von einer ganz außerordentlichen Höhe: einen sogenannten Schrot-

ergriff, führte folgendes aus: Der Effekt der heutigen Versammlung muß nach meinem Erachten vorwiegend darin gefunden werden, daß wir die Steuerzahler aufklären über die Bedeutung der Gesetzgebung, welche jetzt bevorsteht, ist, um über die wichtigsten Veränderungen in der Beamten-Gesetzgebung, welche jetzt vorgenommen werden sollen und dann eine Aussprache herbeizuführen über die grundsätzlichen Fragen, die in dieser Gesetzgebung durchgeführt werden sollen. Wenn ich beginne, diese Aufklärung vorzunehmen, so will ich gleich bemerken, daß ich wohl manchem von Ihnen zu viel sagen werde, weil mancher von Ihnen die Entwürfe der Regierung eingehend studiert haben wird, daß ich aber vielen zu wenig sagen werde, weil ich mich unmöglich in Einzelheiten dieser Gesetzgebung hinein vertiefen kann und weil manch einer vielleicht erwartet hat, daß ich speziell gerade seine Angelegenheiten, seine Wünsche erörtern werde. Ich bin selbst Beamter, aber ich spreche hier nicht als Beamter, sondern als Mitglied der Zweiten bairischen Kammer des Landtages. Ich spreche auch nicht namens meiner Partei, weil meine Partei nicht Gelegenheit gehabt hat, über die Fragen, die hier zur Erörterung kommen müssen, sich zu beraten und dazu Stellung zu nehmen.

Nach diesen einleitenden Worten warf der Redner einen kurzen Rückblick auf die Verbesserungen, die der Gehaltstarif seit 1. Januar 1890 erfahren hat. Aber auch diese Verbesserungen, so fuhr der Vortragende fort, haben sich bald als unzureichend erwiesen, weil sie nicht mehr als den Zeitverhältnissen entsprechend anzusehen waren. Wir haben gesehen, daß der Zeitverhältnissen entsprechend in den meisten Privatbetrieben denselben der Arbeitgeber in freimittiger Weise Redung getragen wurde. Als Bewohner eines großen Gemeinwehens müssen wir, daß die städtische Beamtenschaft im Laufe der letzten Jahre nicht nur einmal, sondern wiederholt erhebliche Aufbesserungen ihrer Bezüge erhielt. Die staatlichen Beamten blieben zurück. Ihr Wunsch, aufgebellert zu werden, ist ein vollkommen berechtigter. Er ist als ein berechtigter, als ein überaus dringender anzusehen. Aber die Beamten wollen nicht eine Verbesserung ihrer Lage über das hinaus, was ihnen die Gesetzgebung der Jahre 1888, 1894, 1902 gebracht hatte, sondern nur entsprechend dem veränderten Geldwert und entsprechend den allgemeinen Preisverhältnissen wollen sie so wie damals gestellt werden. (Sehr richtig.) Das kann nicht laut genug hervorgehoben werden, insbesondere allen denjenigen gegenüber, die da glauben, die Beamtenschaft sei anspruchslos geworden, als sie früher gewesen ist. Neben dem Bedürfnis nach einer Aufbesserung der Vorbezüge hat sich eine Anzahl Versicherungen als notwendig herausgestellt, weil die Bedeutung der Leistungen der einzelnen Beamtensategorien mit dem Gesamtverhältnis der Stadterwerbskraft sich verändert hat, weil die Aufgaben, die den einzelnen Kategorien zugeteilt sind, sich verändert hatten im Verhältnis zu anderen Kategorien und weil die Vorbildung, die vor der Aufnahme in das Beamtentverhältnis gefordert wird, in den verschiedensten Beziehungen sich verändert hat. Die Groß-Regierung war längst sich darüber klar geworden, daß Änderungen des Beamtengesetzes nötig waren. Aber durch alle bisherigen Reichsheile ist das gesamte Gebiet der Beamten-Gesetzgebung nur durchlöchert worden und es ist allmählich hohe Zeit geworden, daß unser Staatswesen den allen durchlöchernten, gestikten Mod ausleibt und sich einen neuen anschafft.

In unserem Bedauern müssen wir konstatieren, daß die Initiative für diese Gesetzgebung nicht ausgegangen ist von unserer Regierung, sondern von den Beamten selbst und von der Bevölkerung. Es ist eine für das Staatsganze keineswegs erfreuliche Erscheinung, daß die Beamten sich in den letzten Jahren zusammenhängend in Vereinen und sonstigen Vereinigungen, um ihre materiellen Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Es war gewiß für viele von den Beamten, die positionierend vorgingen, nicht immer eine angenehme Sache, ihre Wünsche und Beschwerden, ihre materiellen Forderungen vor Einzelnen, vor ganzen Gruppen geltend zu machen. Und ich glaube, es ist für die Autorität des Staates nicht förderlich gewesen, daß die Dinge sich in dieser Weise entwickelt haben. Ich bin der Meinung, daß in einem geordneten Staatswesen die richtige Stelle für die Wahrung der Interessen der Beamenschaft die Regierung, die vorgesetzten Behörden und Beamten sind. Aber es muß konstatiert werden, daß die Regierung auf diesem Gebiet ein feines Gefühl gezeigt hat. Sie wissen, daß die Regierung der Agitation nicht entgegen getreten ist, weil sie der Überzeugung war, daß die Forderungen in der Hauptsache berechtigt waren. Aber durch die Vertrostungen von Landtag zu Landtag sind wir nur dazu gekommen, daß wirkliche Not in den Beamtenfamilien eingetreten ist, daß wir und heute in einer Notlage befinden. Endlich auf dem Landtage 1906 hat die Regierung in programmatischer Weise erklärt, daß sie jetzt den Zeitpunkt für gekommen halte, wo sie das große Gesetzwerk in Angriff nehmen müsse. Man erfährt, daß die Regierung Erhebungen machte bei den Privatbetriebsen über die Beschäftigung der Privatbeamten und über die Gehalte unserer höchsten Beamten und daß Erhebungen gemacht worden sind über die Steigerung der Preise der notwendigen Lebensmittel. Und als dann in der Thronrede zu Beginn des jenen Landtages die Ankündigung geschah, daß das Beamtengehalt und die Erhaltungsordnung einer

andregesentem, der die Künstler lebendig schindet, gibt es hier gar nicht, und wir erinnern uns kaum an die seltenen Fälle, daß einmal in irgend einem hiesigen Blatt ein wirklich grausamer Tadel ausgesprochen worden wäre. Im allgemeinen herrscht darin bei allen Kritikern Uebereinstimmung, wenn auch natürlich in Einzelheiten ein oder das andere Mal die Meinungen auseinandergehen, oder was noch viel häufiger ist, dieselbe Meinung je nach dem Temperament des Kritikers lauter oder leiser ausgesprochen wird. Statt dessen wird jede Gelegenheit von der Kritik benutzt, durch kräftige Anerkennung besonderer Leistungen des Theater zu fördern. Wenn sich in diesem Jahre die Verhältnisse des Schauspiel nicht wesentlich zu bessern scheinen, so ist dies erstens Resultat hauptsächlich ein Erfolg der Kritik, die in allen hiesigen Blättern unablässig auf die hervorragenden Leistungen hingewiesen und sich angeeignet hat, das gütige des Schauspiel für die hiesige Publikum zu den Allen Stadttheater zu „pötschen“, um den Ausdruck des Herrn Justizrat Kaulen uns zu eigen zu machen. Wir gehen sogar so weit, ganz entschieden zu behaupten, daß eine noch weitergehende Milde der Theaterkritik den Unwillen des Publikums erregen und ganz gegenteilige Wirkungen erzielen würde, ganz im Sinne der vorher erwähnten Anschauung.“

Die Vödische Diözesane Kommission hat das neueste ihrer
Reisungsblätter dem „Minneberg in Baden“ gewidmet. Die
Einleitung beginnt mit einem Kulturbild der Zeiten des Minne-

Revision unterzogen werden sollte, da war eine große Spannung in der Beamtenhofschaft vorhanden, die insbesondere dadurch verstärkt wurde, daß das ganze Welt-Monate hindurch in ein fast unburchdringliches Geheimniß gehüllt war. (Sehr richtig.) Ganz im Allgemeinen kann ich jetzt schon sagen, daß diese Vorlage nicht den Erwartungen der Beamtenhofschaft entspricht. (Sehr richtig.) Sie hat in vielfacher Weise Enttäuschung hervorgerufen und es kann gesagt werden, daß das Ziel, das unsere Beamtenhofschaft im Auge hatte, wieder so gestiftet zu werden wie in den Jahren 1890 und 1896, nicht erreicht wird. Wenn die Vorlagen so Gesetz werden, wie die Regierung es beabsichtigt, so kann dieser Regierungsvorlage das lobende Urtheil, welches der Gesetzgebung des Jahres 1888 mit Recht spendet worden ist, nicht erteilt werden, daß sie wohlthätig und ausreichend sei. (Sehr richtig.) Die damaligen Landstände haben gern bewilligt, was gefordert worden ist. Heute befinden wir uns in der Lage, von dem Landtage erwarten zu müssen, daß er nicht nur bewilligt, was die Regierung anfordert, sondern Verbesserungen in das Gesetzwerk hineinbringt. (Lebhafter Zustimmung.)

Wir haben neben der Vorlage selbst ein dickleibiges gedrucktes Material bekommen zur Beurteilung der Vorlage und zur Vergleichung mit den Zuständen in den anderen deutschen Bundesstaaten. Aus diesem Material wird sich ergeben, daß die Beamten-Gehälter sich keineswegs in einer besseren Lage befinden würde, als die Beamten-Gehälter in anderen Bundesstaaten, wenn die Regierungsvorlage Gesetz wird. Nicht vorgelegt wurde uns vonseiten der Regierung das Ergebnis der Erhebungen, bei den Privatbetrieben und bei den Stadtverwaltungen. (Mh-Rufe). Es scheint, daß die Zahlen der Vorlage sich jenen Zahlen gegenüber nicht gut stehen lassen können. (Sehr richtig). Und bei den Materialien, die von anderen Bundesstaaten gegeben worden sind, muß berücksichtigt werden, daß fast alle anderen deutschen Bundesstaaten eben am Werke sind, die Bezüge ihrer Beamten-Gehälter den Verhältnissen entsprechend anzubessern. (Sehr richtig). Nicht vorgelegt sind auch die zwei anderen Gesetzentwürfe, welche angekündigt sind, ein Gesetzentwurf über die Tagelöhner der Beamten und über die Umzugskosten. Wie verlautet, darf nicht angenommen werden, daß diese beiden Gesetzentwürfe die Absicht haben, die Lage der Beamten zu verbessern. Im Gegenteil, es ist eine Verschneidung der gegenwärtigen Bezüge beabsichtigt. (Hört! Hört!) Das muß berücksichtigt werden bei Beurteilung der Vorlage, die wir bereits besitzen.

Der Vortragende ging hierauf auf verschiedene Details des Gehaltsentwurfes näher ein. Die Beschränkung des Ansehaltendes bei 35 Jahren auf 75 Prozent des Einkommensanspruches sollte nicht belassen werden. Es solle dem Beamten ermächtigt werden, mindestens bis zu 80 Prozent herauszukommen. (Sehr richtig). Es sei eine eigenthümliche Erscheinung, daß Leute hochbezahlte Beamte auch dann, wenn ihre Leistungsfähigkeit fast vorüber sei, sich nicht zur Ruhe setzen lassen, weil es ihnen die Zeitverhältnisse nicht erlaube, daß sie sich mit 75 Prozent ihres Gehalts begnügen. Denjenigen Leuten, die vor Ablauf einer zehnjährigen Dienstzeit abzugeben gezwungen sind, sollte ein bezeichnendes Ansehen gewährt werden. (Zustimmung). Ein Wunsch, der vielfach geäußert werde und dessen Erfüllung gerechtfertigter nicht verjagt werden könne, sei, daß bereits beim Inkrafttreten des Gesetzes den im Ruhestand befindlichen Beamten und den Hinterbliebenen der Beamten ein Anspruch auf Verbesserung ihrer Bezüge gewährt werde. Wenn man auf dem berechtigten Standpunkt stehe, daß die Leistungsverhältnisse und die Veränderungen im Geldwert eine Verbesserung der Altersbezüge fordere, müsse man consequenterweise die gleiche Forderung auch für die Pensionäre und die Hinterbliebenen erheben. (Sehr richtig). Ueber die Erfüllung eines alten Wunsches, die Verrückung der Altersgrenzen für Unterbeamten, brauche er kein Wort zu verlieren.

Gesellschaft in Betracht.
Gehaltsordnung und Gehaltsstufen bestrich der Vortragende zusammen. Wenn er den Eindruck wiedergeben sollte, den er beim Studium dieses Werkes gehabt habe, so könne er dies mit dem ganz kurzen Wort ausdrücken: Ich habe die Daten mit wachsendem Erstaunen gelesen. (Hörsehl.) Der Redner griff weiter auf dem Programm der Regierung, das in der Begründung zum Gehaltsstufenentwurf enthalten ist, die Stichworte Wahrung dienstlicher Interessen, Rücksicht auf den Staatshaushalt und Berücksichtigung der Wünsche der Beamten im weitestgehenden Maße heraus und untersuchte dann, wie diese Programmpunkte eingehalten worden sind. Der weitere Nachlass des Gehaltsstufenentwurfs habeine der Punkt zu sein, wo die Wahrung der dienstlichen Interessen hauptsächlich zu ihrem Rechte gekommen sei. (Sehr richtig.) Das Verdrüben von einer Gehaltskalle in die andere sollte nicht noch dem Diensthalter überlassen, sondern unter der vornehmlichen Berücksichtigung der Leistungen der Beamten. Die Beurteilung der Verdienstleistung der Beamten sei viel schwerer als bei den Privatberuflichen, da sie durch eine Reihe von Personen stattfinden. Es könnten dabei Gefälligkeiten und Stimmungen einwirken, die eine gerechte Beurteilung keineswegs garantieren. (Sehr richtig.) Die Möglichkeit für eine scharfe Beurteilung würde, wenn die Wünsche der oberen Instanzen über die Gehaltsbezüge des einzelnen und das Fortrücken des einzelnen in den oberen Gehaltsstufen zu entscheiden hätte, ein Stiebertum und eine Plebeianerei in die Beamtenschaft hineintragen (Stürmischer Beifall), die für die Beamtenchaft im ganzen, wie für das persönliche Verhältnis zwischen Untergebenen und Vorgesetzten nur von größtem Nachteil sein müßten. (Sehr richtig.) Die Möglichkeit wäre nicht ausgeschlossen, daß in politisch ungeliebten Beispielen die politische

Jungs; es folgt die Schilderung seiner Pflanzstätten in Baden,
 erwähnt von den Sängern für ihre Gattlichkeit, Steinberg bei
 Sinsheim, die alle Zug auf dem Jettendahl in Heilsberg unter
 Konrad von Hohenhausen, der einen Kreis kunstfertiger Alter
 Blieder von Steinach, Friedrich von Hohen, Konrad von
 Widenbach und andere um sich versammelte. Im Kreislag waren
 die Höttinger der Mittelpunkt einer Höttingstube, in der viel-
 leicht Hartmann von Aue zu zählen ist, am Obertheil die Bi-
 schofskiste Babel und Konrad. Das letztere kämpft mit Aisch
 um den Ruhm der Entfesselung der Wänscheisen Niederhans-
 Christ zu sein, deren verdienstvoller Zuzugender Hietrich
 Pfaff, der Verfasser des Reutaberschlusses ist. Der inopf-
 reichen Einleitung folgen die Charakteristiken von acht Pflanz-
 lüngeru samt Abdruck einiger ihrer Gedichte mit reichenden
 Anmerkungen. Das Intervallische Verbleiben ist im Verlage der
 Winterischen Universitätsbuchhandlung in Heilsberg erschienen.

Ein Denkmahl für Josef Joachim. In Berlin hat sich ein Comité gebildet, welches beabsichtigt, dem großen Violinmaler Josef Joachim im Festhau der Hochschule für Musik in Charlottenburg oder auf dem Platze vor dieser ein Denkmal zu errichten. Ende des Monats soll ein Concert unter Mitwirkung der drei überlebenden Mitglieder des Joachim-Quartetts, Henri Martens und anderer Künstler stattfinden. Das Erträgnis soll dem Denkmalsfonds zufließen.

Ein Kapuzinerpater als Ehrenbürger. Der Kapuzinerpater
Ephraim in Klützing wurde von den städtischen Kollegien in
Herausdruck zum Ehrenbürger dieser Stadt ernannt.

Stellung des einzelnen Beamten belohnt würde durch Aufstufen in die höhere Gehaltsklasse oder bestraft würde durch Verrückung in die bisherige. (Stürmischer Beifall.) Was aber ganz besonders zu denken gebe, sei der Umstand, daß gerade die selbstständigen Naturen in der Beamtenchaft, auf welche der Dienst den größten Wert zu legen hat, am allermeisten in Gefahr kommen, benachtheiligt zu werden (Stürmischer Beifall), weil gerade die selbstständigen Naturen am meisten in Gefahr kommen, auch einmal beim Festhalten an ihrer Ueberzeugung in Meinungsverschiedenheiten mit den Vorgesetzten zu geraten. (Sehr richtig.) Wenn man diese Nachteile vor sich sehe und wenn man noch ansetzen müsse, daß auch die Größh. Regierung diese Nachteile still überlegt habe, so müsse man sich fragen, ob denn die Wirkung des gegenwärtig bestehenden Dienstaltersystems eine so bedenkliche war, daß man damit aufräume und die Nachteile des Gehaltsklassensystems mit in Kauf nehme. (Zuruf: Die Alten toschlagen!) Große Seiterleut. Er glaube, daß Nachteile sehr erheblicher Art nicht vorgekommen seien. Die gegenwärtige Gesetzgebung habe gegen grobe Verlässe der Beamten Handhaben genug geboten. Sein persönlicher Standpunkt, der von vielen geteilt werde, sei deshalb, daß § 16, Abs. 2 der Gehaltsordnung, welcher bestimmt, unter welchen Voraussetzungen das Aufstufen aus einer Gehaltsklasse in die andere stattfinden soll aus dem Entwurf herausgestrichen werden müsse. (Lebhaft Zustimmung.)

Eine andere Frage sei, ob man das Gehaltsklassensystem im Uebrigen bestehen lassen solle. Man könnte das System bestehen lassen und gleichzeitig bestimmen, daß das Aufsteigen aus einer Gehaltsklasse in die andere, wenn nicht ganz besondere Verhältnisse vorliegen, im allgemeinen nach dem Dienstalterssystem stattfinden solle. Aber er habe auch gegen eine solche Regelung seine Bedenken. Es heiße nicht, daß unter allen Umständen die Fragebogen nach der Einteilung der Gehaltsklassen eingegeben werden. Das müsse als bedenklich bezeichnet werden. (Sehr richtig!) Er glaube, daß die Worte „bis zu“ unter allen Umständen gefaßt werden müßten. Bedenklich sei auch, daß der Beamte fünfjährig nicht mehr berechnen könne, wann er in eine höhere Stelle vorrücke. Weiterhin wolle er hervorheben, daß an die Stelle der bisherigen Anfangsgehälter Mindestgehälter treten sollten. Das sei für die oberen Stufen von Wichtigkeit, weil dort recht hohe Mindestgehälter vorgesehen seien. Die Zulagsstufen sollten gleichmäßig zweijährig sein. Die bisherigen Anfangszulagen, die in kürzeren Fristen und höheren Beträgen festgesetzt wurden, sollten ebenso vorgehen, wie die bisherigen Beförderungszulagen. Daß die Ordnungszahlen innerhalb der einzelnen Abteilungen möglichst eingeschränkt werden sollten, sei eine begründete Forderung, weil die Vergleiche einer Beamtenklasse mit der andern nicht mehr den Umfang annehmen können, den sie in den letzten Jahren leider angenommen haben. Die Bestimmungen, unter welche Amtsbezeichnung die neuen einzelnen Beamtenstellen gestellt werden sollten, sei den Vorschlagsbestimmungen überlassen. (Hört! Hört!) Dies sei eine Bestimmung, die die größten Bedenken erregen müsse, denn die Selbstverrechnung würde dann nicht mehr in so maßgebender Weise für alle einzelnen Gruppen von Beamten mitwirken können, wie es jetzt der Fall sei.

Weiter betrachtet ich die Gefesentwürfe unter Zugrundelegung des zweiten Programmpunktes: Mäßigkeit auf den Staatshaushalt. Auch diese Mäßigkeit sei in den Entwürfen zu ihrem vollen Recht gekommen (Heiterkeit); denn er glaube, die allgemeine Stimmung nicht nur in der Beamtenschaft, sondern auch bei der einsichtigeren Bürgerschaft richtig wiedergegeben, wenn er sage, die vorgegebene Aufbesserung sei ungenügend nicht nur in den Rückgehalten, sondern vornehmlich in der fortgesetzten Wirkung der Aufbesserung (Sehr richtig!), weil die fortwährende Wirkung in zeitweise recht bedeutender Weise geschnitten werde durch gewisse Verschönerungen des Gefes gegenüber dem bisherigen Zustand, z. B. durch den Wegfall der bisherigen Anfangszulagen, und eines Theils der Beförderungszulagen, durch den Wegfall von Nebengehalten und endlich durch die teilweise Anrechnung der wandelbaren Bezüge und durch die Abschneidung der Pensionäre.

Was ist der Beharrungszustand? Er glaube, diesen Ausdruck nur folgt definieren zu können: Der Beharrungszustand ist derjenige Zustand — (Große Heiterkeit.) So fängt jede Definition an. (Große Heiterkeit.) Der Beharrungszustand ist ein Zustand, in welchem die am Tage des Inkrafttretens des Gesundheitsvorschlusses aufgetretensfähigen Beamten sich in denjenigen Bezügen befinden, in welchen sie sich befinden würden, wenn sie von der letztmöglichen Anstellung an nach dem neuen Gesundheitsbedarf behandelt worden wären. Wer hat es verstanden? (Große Heiterkeit.) Der Redner ging dann die einzelnen Beamtenkategorien durch, wobei er mit besonderer Wärme für eine gerechte Behandlung der höheren Beamten eintrat. Es laße sich kein Grund einsehen, warum die oberen Beamtenliste, die schon bei den früheren Verbesserungen des Gesundheitsbedarfs fälschlich weggelassen sei, jetzt wieder schlechter behandelt werden solle. Er glaube, daß die Regierung die Lage des Gesundheitsbedarfs klar, und die einzelnen Haushaltungen weniger berücksichtigt habe. (Große Heiterkeit und leiserer Beifall.) Für die Beamten der Staatsverwaltung bleibe bei einem Gesamtaufwand von 8 838 886 Kr. nur eine Aufwendung von Mark 1 476 000. Davon aber sei noch der Betrag in Weg zu bringen, der auf die Ruhegehälter und die Versorgungsgebälte der Hinterbliebenen entfalle. Das sind etwa 1,2 Mill. Es bleibe demnach im Beharrungszustand in 9—10 Jahren eine Aufwendung von Mark 2 276 000. Nun komme die große Frage, wieviel werde die Sache kosten für die Budgetperiode 1908/09? Das sei noch eine Frage, die alle interessieren. Die Höchstbeträge im Beharrungszustand habe man ausgerechnet. Aber mehr wisse man noch nicht. (Große Heiterkeit.) Daran werde noch gearbeitet.

Nach oberflächlicher Zählung komme man mit einer Abschätzung von 145 Mill. Mark rechnen. Das werde ungefähr der Betrag sein, der durch die allgemeine Staatsbankrottation in der ersten Substanzperiode aufzubringen ist. Die Regierung habe sich den Kopf zerbrochen, wie dieser ungeheure Betrag beschafft werden könne. (Seufzer.) Es sei schon von einer Erhöhung der Einkommensteuer gesprochen worden. Das müßte eigentlich berühren, wenn man im gleichen Ausmaße vorstiege, die Reichsteuern aufzuheben, die jährlich 800 000 M. einbringt. Er sei auch für die Aufhebung dieser Steuer, aber in dem Moment, in dem der Staatshaushalt als schlafte. Nach einem Studium der Verhältnisse, die der Rechner gegenüber den Welterkenntnissen zu machen hat, würden noch einige Fingerzeige gegeben, wie die Wünsche von den künftigen Beamtenkategorien anzubringen sind. Nach einer noch näheren Beleuchtung der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter nach der sozialen und moralischen Seite kermte er Vortragende zum Schluß, er habe die Zuversicht, daß es gelingen werde, die Vorlage zu verbessern. Er gebe auch die Hoffnung nicht auf, daß eine Einigung mit der Regierung ermöglicht werde und er gebe schließlich der hellen Überzeugung Ausdruck, daß, wenn die Vorlage aus den Beratungen des Bundtages in einer verbesserten und finanziell kräftigerten Form hervorgehe, die einhabende Bevölkerung auch damit einverstanden sein werde. (Dankanhänger, er, hüßlicher Beifall.)

Landtagsabgeordneter und Stadtrat Vogel:
Mein Kollege, der Herr Landtagsabgeordneter Obkircher, hat
sich mit durch seine vortheilhaften Ausführungen schwer gemacht,
nach ihm lebt nach meine Pflicht zu erfüllen und es ist selbst-
verständlich, daß ich, um Wiederholungen zu vermeiden, manches
weglassen muß, woraus Sie natürlich nicht entnehmen dürfen,
daß ich mit dem, was ich weglassen, nicht einverstanden bin, son-

— Schiffsunglück. Alsum (Nied.-Bez. Düsseldorf, 4. Febr.). Infolge eines Schneesturmes stiegen heute früh auf dem Rhein zwei Schiffe zusammen. Das eine sank sofort, wobei drei Kinder ertranken.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Frankfurt a. M., 4. Febr. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung führte Oberbürgermeister Dr. Adickes auf die Angriffe des sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Quatz mit Bezug auf die Rede über die Polen vorlage im Herrenhaus aus: Es könne leicht dazu kommen, daß die Absicht, ihm die Tätigkeit in Frankfurt am Main zu verleißen, erreicht werde, denn er sei nicht dazu da, sich diese Dinge gefallen zu lassen.

* München, 4. Febr. Pfarrer Würzberger veröffentlichte eine Erklärung, worin er seine Ausführungen über die Enzyklika mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurücknimmt. — Dem „Völkischen Kurier“ wird aus Rom berichtet, der Vatikan betrachte Professor Ehrhards Korrektur seiner früheren Angriffe für nicht ausreichend. Der Konflikt sei noch nicht gelöst.

* Berlin, 4. Febr. Der Kriegsminister v. Einem wird seinen Urlaub in Kairo abbrechen. Wie zu erwarten war, tauchten Gerüchte von seinem bevorstehenden Rücktritt auf. Das Verbleiben des Kriegsministers in seinem Amte wird lediglich von seinem Gesundheitszustande abhängen, und an allen maßgebenden Stellen wünscht man, daß er im Amte bleibe.

* Berlin, 4. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Der deutsche Botschafter in Dänemark wurde vor einigen Tagen bei Gelegenheit einer Schiffsmusterung von einem zu einem deutschen Segelschiff gehörigen Matrosen bedroht und tätlich angegriffen. Die Angelegenheit ist von dem Botschafter, der keine erhebliche Verletzung erhalten hat, dem zuständigen Staatsanwaltshaus übergeben worden.

* Paris, 4. Febr. Senat. Der Minister des Innern, Richon, erinnerte daran, daß die Kammer sich gestern den Gesetzen der Regierung und der Abänderung von Verordnungen an die schwer gekrümmte Familie von Portugal angeschlossen habe. Er wies nicht darauf, daß der Senat gleichfalls dem Gedanken Ausdruck zu geben wünsche, das Verbrechen zu verdammen, das die ganze Welt geschockert habe. Das französische Parlament werde in allen seinen Sitzungen, welcher Partei sie auch angehören, treu an den Traditionen der Ehre und Menschlichkeit festhalten, von denen auch die Regierung sich habe leiten lassen. Richon, unter diesen Umständen den Gefühlen des gesamten Parlamentes Ausdruck zu geben. (Beifall.) Präsident Dubouff schloß sich im Namen des Senats den vornehmen und einfachen Worten Richons an und drückte in übereinstimmung mit den Mitgliedern die Gefühle des Senats und des Volkes aus.

* Paris, 4. Febr. General d'Amade meldet in einem Funkentelegramm, daß die Küstenabteilung mit der kürzlich angegriffenen Kolonne bei Darbetelesch in Verbindung getreten sei. 21 Verwundete wurden von dort nach Casablanca gebracht.

* Rom, 4. Febr. Der Präsident der Kommission in Trapani, Rechtsanwalt Pandicini, wurde gestern von dem Anarchisten Dr. Solazzi überfallen, der zwei Revolverkugeln auf ihn abfeuerte.

* Rom, 5. Febr. „Giornale d'Italia“ erzählt aus Viareggio, daß Don Miguel von Braganza, der seit einem Monate bei der Prinzessin Massima, Tochter des Präsidenten von Carlos weilte, plötzlich nach Griechenland abgereist ist. Er hat erklärt, mit den Königsmitgliedern nicht das geringste gemein zu haben. Seine Söhne weilen noch in Viareggio, seine Verwandten hielten sich in Schweden.

* Petersburg, 4. Febr. Duma-Sitzung. Das Haus verhandelte über einen Antrag der Staatsverteidigungskommission den Präsidenten zu ermächtigen, die Kommissionsmitglieder hinter verschlossenen Türen zu halten. Als Präsident der Kommission erklärte der Staatsanwalter Gutschkow den Antrag. Er wies darauf hin, daß dieses Interesse des Staates wegen der militärischen Fragen notwendig sei. Der Redner erinnerte an die geschlossenen Plenarsitzungen der zweiten Duma, deren Verhandlungen in allen Einzelheiten in der ausländischen Presse erschienen seien. Er beantragte daher, zu den geschlossenen Kommissionsitzungen nur deren Mitglieder zuzulassen. Nach der Rede Gutschkows meldeten sich gegen 90 Redner zum Worte. Das Wort erhielt Purischewitsch von der extremen Rechten, der den Antrag Gutschkow billigte; doch meinte er, er habe sich zu zurückhaltend geäußert. Der Redner wurde an der Stelle des Kriegsministers beim Erscheinen des Abgeordneten Miskulow (Rechtsführer), in der Sitzung der Kommission alle Redenköpfe aufzupacken und den Antrag einzulassen. (Auf den linken Banken andauernder stürmischer Sturm, der die Präsidentenloge überdeckt.) Purischewitsch verließ die Tribüne und rief, sich Miskulow zuwenden: Sie schämt! Sie können mich fordern. — Nachdem die Rede wieder eingeleitet war, schloß der Präsident vor, Purischewitsch von den nächsten zehn Sitzungen auszuschließen, falls er sich nicht entschuldigt. Als Purischewitsch wieder das Wort erhielt, wiederholte er den Sinn seiner ersten Worte in einem neuen Wortspiel. Infolgedessen schloß der Präsident vor, die Ausschließung bis auf 15 Sitzungen zu verlängern. Nach einer viertelstündigen Unterbrechung nahm die Duma fast einstimmig mit Ausnahme einiger Mitglieder der extremen Rechten, den Antrag des Präsidenten an. Nächste Sitzung: Freitag.

* Washington, 4. Febr. Die Marineverwaltung hat ein Unterseesboot bestellt, welches nach den Angaben seiner Konstrukteure das größte und schnellste derartige Fahrzeug werden soll, das bisher erbaut worden ist. Das Boot soll bei einer Geschwindigkeit von 16 Kilometer in der Stunde einen Aktionsradius von 3000 Seemeilen haben.

Schöpfheim-Schönau.

* Mannheim, 5. Febr. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, haben die Sozialdemokraten für den zweiten Wahlgang ihre Kandidatur zurückgezogen. Sie lassen den Wählern freie Hand, verpflichten sich aber, unter keinen Umständen für Oswald zu stimmen.

Freiherr v. Stengel und die Reichsfinanzreform.

* Berlin, 4. Febr. Der Schatzsekretär Frhr. v. Stengel ist gestern beim Reichskanzler erschienen und hat eine Unterredung mit ihm gehabt, aus der dann ein hiesiges Blatt folgerte, daß der Schatzsekretär seine Entlassung angeboten habe. Diese Vermutung ist laut „Frk. Ztg.“ unzutreffend; so weit sind die Dinge noch nicht. Der Schatzsekretär erschien mit mehreren anderen Beamten und es hat sich wahrheitsgemäß um eine Besprechung über die Finanzreform gehandelt. Vom Schicksal dieser Reform hängt das Verbleiben des Frhrn.

v. Stengel im Amte ab. Die Sache kann sich noch einige Zeit hingehen. Im Zusammenhang mit den unsicheren oder vielmehr schlechten Aussichten der Reichsfinanzreform besprechen einzelne Blätter die Möglichkeit, daß die Erhöhung der Beamtengehälter, weil dafür die finanzielle Deckung fehlen würde, um eine Session verschoben werden müsse, und daß man sich wie im letzten Jahre mit Steuererhöhungen behelfen würde. Darüber ist noch nicht entschieden.

Marokko.

* Berlin, 4. Febr. In der französischen Presse ist mehrfach, und manchmal in übelwollender Weise, auf Verhandlungen hingewiesen worden, die angeblich zwischen dem Deutschen Reich und den beiden Sultanen Abdül Aziz und Mulay Hafid stattfinden sollen. Richtig ist daran, nach einer offiziellen Erklärung, daß beide Sultane dem Vertreter des Deutschen Reiches in Tanger über ihre Auffassung der Lage Mitteilungen haben zugehen lassen. Welcher Art diese waren, und wie sie beantwortet worden sind, ist, wenn auch nicht der Öffentlichkeit, so doch der französischen Regierung bekannt, da man auf deutscher Seite es im Interesse der Sache und aus Gründen der Loyalität für angebracht hielt, der französischen Regierung sowohl von den Eröffnungen der beiden Sultane, wie auch von der erteilten deutschen Antwort Kenntnis zu geben.

Die Kongofrage.

* Brüssel, 4. Febr. In einer heute morgen abgehaltenen Vereinigung der Minister, der auch die der Rechten angehörigen Mitglieder der Kolonialkommission beizuhören, gab Ministerpräsident Schollaert die Erklärung ab, daß die Regierung auf den durch den jetzigen Vertrag betreffend die Angliederung des Kongostaates vorgesehenen Weiterbestand der sogenannten Kronkolonien verzichte und stattdessen die Errichtung eines Spezialfonds zur Ausführung öffentlicher Arbeiten für Belgien und den Kongostaat in Aussicht genommen habe. Die Regierung habe infolgedessen beschlossen, behufs Ausarbeitung einer Zusatzakte zu dem Angliederungsvertrag in neue Verhandlungen mit dem Kongostaat einzutreten. Immerhin muß die Bitte der mittels des Spezialfonds auszuführenden Arbeiten noch vor Unterzeichnung des Vertrags durch eine gegenseitige Vereinbarung festgelegt werden. Der frühere Minister Barnart, der dem dem jetzigen Angliederungsvertrag feindlichen Teile der Rechten angehört, ist, wie berichtet wird, mit den Absichten der Regierung einverstanden, so daß die Hauptschwierigkeit der Angliederung durch Befestigung der Kronkolonien aus dem Wege geräumt ist. Die Kolonialkommission, der die Entscheidung der Regierung in der heutigen Sitzung mitgeteilt wurde, vertagte sich bis zur Einbringung der Zusatzakte.

Der Königsruch in Portugal.

* Berlin, 5. Febr. Madrider Meldungen zufolge hat der neue König Manuel bei der Entlassung Francisco den dringenden Gegenwärtigen seiner Mutter und Großmutter Folge geleistet. Die Königinmutter hatte einen heftigen Antritt mit Francisco an der Bahre des Königs und Kronprinzen, wo sie mit tragischer Gebärde auf die Leichen hinwies mit den Worten: „Das ist ihr Werk!“

* Berlin, 5. Febr. Die vertrauliche Anfrage, welche wegen einer eventuellen englischen Intervention in Lissabon auch an das Berliner Kabinett gerichtet wurde, ist von dort wie von den anderen Kabinetten in zustimmendem Sinne beantwortet worden.

* Wien, 5. Febr. Der Kaiser wird sich bei der Leichenfeier in Lissabon durch eine Spezialgesandtschaft, den ehemaligen Hülfsadjutanten Fürst Dietrichstein und Rittmeister Graf Sapos vertreten lassen.

* London, 4. Febr. (Unterhaus). Die von beiden Häusern dem Könige vorausgehende Beileidsadresse wegen des Lissaboner Königsruches wurde einstimmig angenommen, nachdem Sir Henry Campbell Bannerman und vonseiten der Opposition Alfred Douglas, dieser für den erkrankten Lord Balfour, gesprochen hatten. Sir Campbell Bannerman deutierte das Verbrechen in den schärfsten Ausdrücken und erklärte es unter der Zustimmung des Hauses als beispiellos in der Geschichte. Er be sprach den König Carlos als einen edlen, freundlichen und gütigen König, der sein Leben seinem Volke und seiner Pflicht geweiht habe. Die entsetzliche Tat würde überall verdammt, aber auch England werde besonders mit betroffen, denn zwischen Portugal und England bestehe eine traditionelle Freundschaft. König Carlos sei ein enger Verbündeter und naher Freund des englischen Königs gewesen und die schwer betroffene Königin sei in England geboren und aufgewachsen. Niemand könne die verwitwete Königin und der junge König und das ganze portugiesische Volk aufrichtiger Teilnahme und besserer Wünsche für die Zukunft als im Unterhaus.

* Madrid, 5. Febr. Nach einer Meldung aus Lissabon wird bekannt, daß bei dem Attentat am Samstag auch vier Soldaten, mehrere Polizeibeamte und Privatpersonen verwundet wurden. Lissaboner Anarchisten behaupten, das Attentat sei das Werk der Republikaner gewesen. Aus Badajoz wird telegraphisch, daß die Ruhe nur scheinbar sei. Die Revolutionäre planten weitere Schüsse, um die Republik auszurufen.

* Lissabon, 4. Febr. Die Einbalsamierung der Leichen des Königs und des Kronprinzen war heute morgen 6 Uhr beendet. Die Leichen werden in Särgen von morgen bis Freitag aufgestellt.

Die mazedonische Frage.

* London, 4. Febr. Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage bezüglich der englischen Vorschläge für Mazedonien erklärte Staatssekretär Sir Edward Grey, die englische Regierung habe den Großmächten vorgeschlagen, daß die Aufgabe die öffentliche Sicherheit in Mazedonien wiederherzustellen, der durch eine fliegende Kolonne stark vermehrten Gendarmen unter dem Befehl fremder Offiziere, die mit genau bestimmten Vollmachten ausgerüstet seien, übernommen werden sollte. Die Kosten dafür sollten durch Ersparnisse gedeckt werden, die dadurch erzielt werden könnten, daß die Zahl der türkischen Truppen in Mazedonien herabgesetzt würde. Vorschläge für die Vermehrung der Gendarmen seien auch dem Sultan gemacht worden. — Sir Campbell Bannerman, der während der gegenwärtigen Tagung heute zum ersten Male im Hause erschien, wurde mit lautem Beifall empfangen. Er erklärte auf eine Anfrage, England würde die Konvention betreffend den internationalen Privatrechtskodex nicht eher ratifizieren, als bis die nötigen Änderungen in der Gesetzgebung vom Parlament gutgeheißen seien.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

* Berlin, 5. Febr. Polizeipräsident von Stubenrauch wird vom Kaiser wieder monatlich zum regelmäßigen Immediatsvortrage empfangen werden. Dieser Brauch bestand schon unter dem alten Kaiser Wilhelm I.; während der kurzen Zeit der Regierung Kaiser Friedrichs kam

diese Gepflogenheit in Wegfall und wurde beim Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. nicht erneuert.

* Berlin, 5. Febr. Die Zusatzbestimmungen zur Straßburger Juderkonvention werden am Freitag dieser Woche im Reichstage in zweiter Lesung zur Beratung gelangen. Nach der „Germania“ soll eine Einigung zwischen der Regierung und der Mehrheit des Reichstages erfolgt sein.

* Berlin, 5. Febr. Staatssekretär Dernburg, der zur Zeit zur Erholung in Oberhof (Thüringen) weilt, wird am Montag, den 10. Februar, die Leitung der Geschäfte wieder übernehmen.

* Berlin, 5. Febr. Die in den letzten Tagen von einer parlamentarischen Korrespondenz gebrachte Meldung, daß die Entgegnungsvorlage zurückgezogen sei, wird von der „Deutschen Tageszeitung“ als unrichtig bezeichnet.

* Berlin, 5. Febr. Im Frankfurter Stadtparlament äußerte sich Oberbürgermeister Dr. Adickes gegenüber den Angriffen von sozialdemokratischer Seite wegen seiner Polenrede wörtlich: „Wenn Sie mir die Arbeit hier bereiten wollen, dann können Sie vielleicht baldigst damit Glück haben.“ In Frankfurt ist man allgemein der Ansicht, daß der Oberbürgermeister seine Worte auf die event. Berufung auf einen Ministerposten bezogen hat.

Stössel zum Tode verurteilt!

* Berlin, 5. Febr. Das oberste Militärgericht in Petersburg hat gestern die Generale Stössel, Juch und Reif zum Tode verurteilt.

Aus der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft.

* Berlin, 5. Febr. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft teilt parteiöffentlich mit: Die linksliberalen Fraktionsgemeinschaften des Reichstages haben am Dienstagabend über innere Angelegenheiten der freisinnigen Parteien verhandelt. Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß ein Schiedsgericht abgehalten und die Ausschließung einiger Politiker wegen tatsächlicher Meinungsverschiedenheiten verlangt werden solle, entspricht nicht den Tatsachen. Es wurde nur über einen Antrag verhandelt, der sich gegen persönlich verlegende Angriffe wendete, welche außerhalb der Partei von Vertretern einer linksliberalen Partei gegen Mitglieder der Fraktionsgemeinschaft gerichtet worden sind. Einstimmig wurde beschlossen, diese Angelegenheit einem gemeinsamen Ausschusse der linksliberalen Parteien aufgrund der Frankfurter Beschlüsse zu unterbreiten. Jedenfalls steht nach dieser offiziellen Darstellung so viel fest, daß gegen Barth und von Gerlach ein Klageverfahren eingeleitet werden soll.

Dokswirtschaft.

Gewerkschaft Speyer A.-G., Speyer. Auf die in letzter Zeit durch einige Blätter gegebene Notiz teilt die Gewerkschaft Speyer A.-G. in Liquidation folgendes mit: Der Verlauf der Liquidation A. Rager Sohn hat bisher ergeben, daß der in der Generalversammlung der Gewerkschaft vom 13. April v. J. als mutmaßlich benannte Verlust von M. 200 000 sich vergrößern wird. Es kämen verschiedene Prozesse gegen die Rager'sche Abzahlungsbank. Die Rager'schen Immobilien konnten bisher nicht veräußert und die sonstigen Sicherheiten noch nicht eingezogen werden, so daß das Ergebnis auf diesem Konto noch nicht festgestellt werden kann. Das Guthaben an die Bank für Bankfirmen von M. 100 000 ist nicht bestritten. Die Gewerkschaft ist in die Rechte des Konkursantrags laut handelsgerichtlicher Entscheidung eingetreten. Das Kommanditistenverhältnis zu dieser Firma dauert noch 3 1/2 Jahre. Die nächste Abwicklung der Liquidation wird durch diese Verhältnisse aufgeschoben.

Wasserstandsnotizen im Monat Februar.

Regelstationen vom Rhein:	Datum:					Bemerkungen
	31.	1.	2.	3.	4.	
Koblenz	1.82	1.78	1.74	1.70	1.66	Abds. 6 Uhr
Wiesbaden	1.90	1.79	1.70	1.64	1.59	Abds. 6 Uhr
Frankfurt	3.66	3.39	3.28	3.21	3.10	Abds. 6 Uhr
Worms	3.26	3.24	3.27	3.28	3.23	Abds. 6 Uhr
Wien	1.06	1.16	0.82	0.60	0.43	Abds. 6 Uhr
Wien	2.19	2.33	2.11	1.63	1.48	Abds. 6 Uhr
Wien	3.10	3.05	2.70	2.30		Abds. 6 Uhr
Wien	0.81					Abds. 6 Uhr
Wien	3.40	2.95	2.66	2.51	2.33	Abds. 6 Uhr
Wien	0.64	0.64	0.40	0.54	0.30	Abds. 6 Uhr

*) Windst. West, — 4° C.

Geschäftliches.

* Mit dem Wirtschaftsjahr ausgenommen, ist bei den heutigen Preisen eine Kunst. Natürlich wird man mehr als je nur solche Produkte wählen, die sich schon jahrelang bewährt haben und deren Namen für sich gleiche Güte bürgen, wie z. B. die bekannten „Wag. 1.“ Erzeugnisse. Täglich Pfennige gespart, macht im Monat manche Mark.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldbaum;
für Kunst, Beileben und Vermischtes: Alfred Reichen;
für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rik. Schönlender;
für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Apfel;
für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Kircher.
Druck und Verlag der Dr. S. Haas'schen Buchdruckerei.
G. m. b. H.: Direktor: Ernst Müller.

Magen- u.
Darm-Leiden

Kasseler
Hafer-Kakao

als Kräftigungsmittel tausendfach ärztlich empfohlen.
Nur echt in blauen Kartons à 1 Mk., niemals lose.

Hyacinthen angetrieben zu billigsten Preisen
empfiehlt die Samenhandlung
Fritz Liefhold, F 2, 9a.

**Gr. Hof- u. National-Theater
Mannheim.**

Mittwoch, den 5. Februar 1908.

29. Vorstellung im Abonnement D.

Der Waffenschmied.Römische Oper in 3 Akten von H. Vorhies.
Regisseur: Eugen Gebrath. Dirigent: Max Heller.**Personen:**

Gust Stadinger, berühmter Waffen-	Karl Marx.
schmied und Tierarzt.	Ellen Köpfer.
Marie, seine Tochter.	Joachim Stomer.
Graf von Liebenow, Ritter.	Alfred Sieder.
Georg, sein Knappe.	Hugo Böhm.
Abelhof, Ritter aus Schwaben.	Julie Neuhaus.
Ymentraut, Marien's Erzieherin.	Emil Hecht.
Brenner, Gastwirt und Stadinger's	Felix Krause.
Schwager.	Heinrich Barth.
Erster } Schmiedgeselle.	Adolf Peters.
Zweiter }	
Dritter }	

Schmiedegesellen, Bürger u. Bürgerinnen, Ritter, Pagen.

Ort der Handlung: Worms.

Kasseneröffnung: 7 Uhr. Aufg. 7 Uhr. Ende geg. 9 1/2 Uhr.

Nach dem 1. Akt findet eine größere Pause statt.

Kleine Eintrittspreise.

Im Groß. Hoftheater.

Donnerstag, 6. Febr. 1908. 29. Vorstellung im Abon. C.

Nathan der Weise.

Anfang 7 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten.

Donnerstag, den 6. Februar 1908.

Mamzelle Nitouche.

Anfang 8 Uhr.

„Apollo“

Heute Mittwoch

Gastspiel des grossen

Oberbayrischen

Bauerntheaters

Dir. Michl Dengg

„Um Liab

u. Leben“

Täglich wechselndes

Repertoire.

Nach Schluss der Vor-

stellung im „Apollo“

„Saalbau“

Durchschlagender Erfolg

des Februar-Programms!

Das Wunderkind

Lilly Bosch

Hans Giradet

der beliebteste Sachse!

Jacopi Truppe

Jkarische Spiele in höchster

Vollendung

u. die übrigen Attraktionen

34 Artisten

Neues Personal!

Neues Programm!

**Inventur-Ausverkauf
Corsetten-Haus
Stein-Denninger**Planken Mannheim E 1, 1
Großh. Bad. Hoflieferant.**Bis zum 20. Februar**wird eine große Anzahl bei der Bilanz ermäßigter
Sorten Corsets, sowie viele einzelne am Lager
und bei Anproben etwas fleckig oder weniger
ansehnlich gewordene Stücke mit**Rabatt bis zu 50 pCt.**zum Verkauf gebracht. — In Qualität und
Façon garantiert tadellose Ware.

Auf sämtliche 77168

Unterröcke

gewähre wegen vorgerückter Saison

20 pCt. Rabatt.**Rolle's Plissé-Brennerei, Q7, 20**

Kleider-Kostüme billig.

65088

Neu eröffnet!

Neu eröffnet!

Colossal-Rundgemälde

Kreuzigung Christi mit Jerusalem

im

Panorama Ausstellungsplatz.

Eingang nur Wespennest.

Eintritt 50 Pfennig. Kinder die Hälfte.

Tanz-Institut J. Schröder.Beginn des neuen Tanzkurses: Donnerstag,
den 6. Februar abends 7 1/2 Uhr im neuen
Saale der Kaiserhütte, wozu höflichst einladet

J. Schröder, Tanzlehrer,

H 2, 6/7.

Zahn-Atelier**Mosler**Q 1, 5 Breitestrasse Q 1, 5
Telefon Nr. 2409.

72731/1

E2,4/5 Carl Brenner E2,4/5Herren- und Damen-Friseur
Anfertigung sämtlicher Haararbeiten.**Sanatorium Hirsau bei Calw.**für Nervenleidende und innere Kranke.
Das ganze Jahr geöffnet. — Prospekt gratis.

Dr. med. Carl Römer. 71250

Restaurant „Germania“ C 1, 10/11.Empfehle meinen Saal zur Abhaltung von
Hochzeiten, Gesellschaften
und Versammlungen.**Weinrestaurant „Badenia“.**

Telephon 320. C 4, 10.

Donnerstag, den 6. ds. Mts.

Grosses Schlachtfest

mit humor. Unterhaltung.

Schlachtplatten.

Ph. Pfeil.

77170

Restauration zur Liedertafel, K 2, 31/32.

Aufbacher Bier, 1/2 Liter 15 Pf.

Scharp-Bier (Karlshof) hell und dunkel.

Gute Küche, Mittagessen im Abonnem. zu 20 Pf. u. 4 Pf.

Naturweine aus der Weinhandlung R. G. Hofmann.

Joh. Simon Certel.

77171

Lago di Lugano**Villa Moritz Castagnola**

Vollständige Hotel-Pension in schönster, sonnigster Lage

am See. Vollst. Windgeschützt, durchschüttelt, 30° wärmer als

Lugano. Bevorzugter Frühjahrs- u. Winteraufenthalt.

Centralheiz., Garten, Terrassenrestaurant. Mässige Preise.

Schiffstation Tram Lugano. Bes. Ernst Ruri.

Zweiggeschäft Hotel- u. Seebad Schützen, Donauessingen

H. 507, 0.

77172

Talanda Ceylon-Thee

sehr ausgiebig

Original-

Bastpackung

1/2 kg M 0.60

M. 0.75, 0.90

Er. Böcher, 8 0, 19.

Ferdinand Beck, J 3a, 1.

Daniel Becker, 0 6, 5.

H. Herrmann, P 5, 15.

Josef Sauer, K 4, 24.

**Gewerbeverein u. Handwerkerverband
Mannheim.**

Ausstellung von Lehrlingsarbeiten 1908 betr.

Wie alljährlich, so findet auch in diesem Jahre eine

Ausstellung von Lehrlingsarbeiten statt.

Wir ermahnen die Herren Meister, ihre Lehrlinge, die im

zweiten Lehrjahre stehen, zur Beteiligung aufzufordern. An-

meldeformulare können täglich, nachmittags von 3—5 Uhr,

in der Gewerbehalle, C 5 in Empfang genommen werden.

Schluß der Anmeldung 20. Februar 1908.

77073 Der Vorstand.

Freiinniger Verein Mannheim.Der Badische Verein für Frauenstimmrecht hält
am Freitag, 7. Februar, abends halb 9 Uhr in der
Loge „Carl zur Eintracht“, L 8, 9 eine Versammlung
ab, in welcher Adalwin v. Gottberg aus Stuttgart über
„Die Stellung der politischen Parteien zu der Frauen-

bewegung“ sprechen wird. Hierzu hat auch unser Verein

eine Einladung erhalten, weshalb wir unsere Mitglieder um

recht zahlreichen Besuch bitten.

77074 Der Vorstand.

Pfälzerwald-Verein E.V.

Ortsgruppe Ludwigshafen a. Rh.

Sonntag, den 9. Februar 1908

2. Wanderung.

Bad Dürkheim — Heidenfels —

Södingen — Wattenheim —

Grünstadt.

Abfahrt 7.05 Uhr vormittags. Rückfahrt 9.17 Uhr. Fahrpreis

M. 1.55 IV. Klasse hin und zurück. Näheres Programm folgen.

Donnerstag Abend findet ausnahmsweise im Städt. Park-

restaurant (Kaisersplatz) Familien-Vereins-Abend

mit gedehnter Unterhaltung statt. wann dort. Einladungen erhei.

77075

Kaufmännischer Verein weiblicher Angestellter

(Eingetragener Verein).

Teleph. 2801 Mannheim, 8 1, 9, 11. Teleph. 2801.

Prinzipale und Angestellte

empfehlen wir unsere kostenlose Stellenvermittlung. 74791

Mitgliederzahl 875. — Bis jetzt 1050 Stellen besetzt.

Bund für Mutterschutz

Mannheim E. V.

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8 1/2 Uhr im Saale

der Loge „Carl zur Eintracht“ (L 8, 9)

Vortrag

von 77068

Henriette Fürth (Frankfurt a. M.)**Mutterschutz durch Mutterschaftsversicherung**

Eintritt frei. Gähne bestens willkommen.

Jüdische Frauen-Vereinigung und Kinderstube.

Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr

findet im großen Saale der August-Ramach-Loge, C 4, 12, ein

Vortrag von Frau Henriette Fürth aus Frankfurt a. M. über:

„Frauenbund und soziale Hilfsarbeit“

statt. — Um zahlreichen Erscheinen (auch Herrn) wird gebeten. —

Warme willkommen. — Freie Diskussion 77114

77058

Rechtsanwalt

niedergelassen. Mein Büro befindet sich

P 7, 18, Heidelbergerstrasse.

Dr. Rudolf Marck.

Den geehrten Herrschaften zur gef. Nachricht, daß ich

mitte Februar meine

Privat-Tanz-Kurse

beginne. Wegen Zusammenstellung ersuche ich, mich mit

Ihren Anmeldungen baldigst besetzen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Anna Arno, Eisenstraße 19 (11 Querstraße 19).

Extra-Stunden zu jeder Tageszeit.

77059

Zur Ballsaison

empfehle 75892

echt schweiz. gestickte Roben

geschmackvollste Dessins

Spitzen und Spitzenstoffe jeder Art

C 8, 1 R. Ottenheimer C 8, 1

1. Etage

Kein Laden. Spezialgeschäft. Kein Laden.

Telephon 2334.

Damen-

Bekleidung, Winterzeugen,

Zuschneide-Akademie

C 4, 6 Weidner-Mischke C 4, 6

Mannheim

Eintritt jeder Zeit.

40 Frauenarbeitschulen nach unserem eigenen bewährtesten

System in Süddeutschland. 75658

**Kaufmännischer
Verein**

Mannheim. (E. V.)

Donnerstag, 6. Febr. 1908

abends 8 1/2 Uhr

im Saale des Herzhards-Hofes

Vortrag

in französischer Sprache

über

Paris

(mit Lichtbildern)

von

Herrn Prof. Marius Ott, hier

Für Nichtmitglieder sind Tages-

karten à Mk. 1.— in unserem

Bureau, in der Hof-Musikalien-

handlung K. Ferd. Hecker, in

der Musikalienhandlung Th.

Sohler, im Verkehrsverein,

Kaufhaus Hagen 57, in der

Buchhandlung von Brockhoff &

Schwalbe und in der Kunst-

handlung von A. Doncker.

L 1, 2, hier, sowie in der

Baumgartner'schen Buchhand-

lung in Ludwigshafen a. Rh.

zu haben.

Die verehrlichen Damen

werden höflich ersucht, die Karte

in den Saal vorzuschieben. (Die

Tageskarten abgeben.)

Die Saalplätze werden punkt

8 1/2 Uhr geschlossen.

Ohne Karte hat Niemand Zutritt.

Kinder sind vom Besuche der

Vorlesungen ausgeschlossen.

Der Vorstand.

Frauen-Verein

Abt. VII.

Serafina weiblicher

Dienstboten.

Anmeldungen (Ankündigen)

ner Mädchen, die eine Ver-

heile annehmen, ebenso von

Lehrfrauen, die Lehrmädchen

ausbilden wollen, werden

Dienstag und Freitag

von 4—6 Uhr

im Bureau des Vereins

Klosterstraße 11, Schweglinger-

straße 83 (Broschensbühnen-)

heide, Postfachstraße) entge-

genkommen. 77155

Täglich frische 77062

Berliner Pfannkuchen

gebackt und ungebackt, empfiehlt

Karl Bertold, D 6, 14.

77156

30 tote Ratten!

Für den mit im letzten Herbst

gekauften „Rattenrod“, kann man

den ich an einem Tage 30 tote

Ratten fand und davon in 3 Tagen

vollständig befreit wurde, spreche

ich Ihnen das beste Zeugnis aus.

Gedächtnis J. Heil, Rastatt.

Solche Erfahrungen lauten

tatsächlich ein gar gutes Zeu-

gnis für die Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

senz. meine Ratten- und Wan-

Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

94. Sitzung, Dienstag, den 4. Februar.

Am Tische des Bundesrates: Sigt v. Armin, v. Valler, des Barres, v. Lothow, Linder, v. Gebhardt, von Salga, v. Dörner.

Präsident Graf Stolberg

eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Der Militärsekt.

Zweiter Tag.

In den gestern mitgeteilten neun Resolutionen, die beim Militärsekt des Reichstages zur Beratung kamen, sind inwieweit auch zwei weitere Resolutionen eingebracht; eine Resolution Grafen v. Bismarck, betreffend Erhöhung der Bezüge der Gemeinen, gleichzeitig mit der Verbesserung der dienstlichen Bezüge der Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten; außerdem eine Resolution v. Bismarck, betreffend Reform des gesamten Militärstrafrechts, des Besonderevertrags und des Ehrengerichtlichen Verfahrens.

Abg. Dr. Rudolph (Frei, Sp.):

Ich will natürlich hier keine Einzelanträge eröffnen. Gestern muß ich aber doch, daß mit der einen Hand, mit der Lebensmittelpflicht, genommen wird, was mit der anderen Hand, der Erhöhung der Bezüge, gegeben wird. Nichts ist so leicht, als er den liberalen Wünschen etwas entgegenkommen zu wollen erklärte, auch von Ersparsnissen. Nun läßt sich ja bei Kolonien, Marine, Militär, Kaiser, haben. Gewisse Ausgaben werden da immer bleiben. Umsonst müssen wir nach kleinen Mitteln, um zu sparen, suchen. Und da meinen wir, es liege sich wohl etwas sparen an der Kavallerie. Die Kavallerie-Frage sollte doch nicht so von oben her, als wie gestern von der Militärverwaltung behandelt werden. Die historischen Rückfälle auf die Militärfrage, die uns gestern der Abg. v. Bismarck gab, werden wohl niemanden überzeugen haben, zumal sie zu meist falsch waren (Sehr richtig!), weil sie zu weit in die Vergangenheit zurückgriffen. Auch das Beispiel der Schweizer-Miliz ist unzutreffend, denn die Schweizer Armee hat ganz andere Zwecke; sie soll nur die Neutralität der Schweiz wahren. Unsere Armee dagegen soll, entsteht einmal Krieg, das Land selbst vom eigenen Lande abhalten, den Krieg in das Land des Gegners tragen. (Sehr richtig!) Der Abg. sagte unserer Armee nach, sie solle eventuell auch gegen unsere Arbeiter Verwendung finden. Nun, Herr v. Bismarck, gerade in der Schweiz findet die Miliz tatsächlich auch aus Anlaß von Arbeiterkämpfen Verwendung! Wo, wie Sie verlangen, die einjährige Dienstzeit eingeführt werden kann, ist wohl leicht zu finden. Müht sich aber, daß der Tag der Zeit, auch nach Ansicht meiner Freunde, auf Verringerung der Dienstzeit geht. In dem Institut der Einjährig-Freiwilligen, dessen Abschaffung ja schon früher wiederholtlich in Vorschlag gebracht worden ist, liegt, darin hat Herr v. Bismarck allerdings recht, sicherlich eine Veranlassung der unheimlichen Massen. Immerhin ist zu bedenken, ein gewisser, beiderseitiger Ausgleich liegt in der nachfolgenden strengen Behandlung der Reserveoffiziere zu Übungen. Behauptung ist die Heranbildung einer Offizierskaste, besonders die Heranbildung von ständigen Einjährigen, die sich zum Reserveoffizier qualifizieren, ebenso das Vorkommen, daß ein Reserveoffizier nicht mit einem Anwartschaftsbesitzer zusammen an Offiziersübungen teilnehmen sollte. Eine solche Behandlung des Militärs in zwei Teile sollte unterbleiben. Es sollte bei der Verbesserung nur auf die Kadettenkassen gesehen werden. In diesem Grundzuge, der schon vor hundert Jahren in der Armee galt und das Vaterland wieder, erwehrt gehalten hat, sollte auch heute noch festgehalten werden. (Beifall.)

Abg. v. Liebert (Rp.):

Eine Miliz für Meer und Marine, das ist gewiß eine erfreuliche hohe Summe, für und ein memento! Jeder Volksoberste muß sich da fragen: können wir da nicht etwas sparen? Bei der Flotte ist es nicht möglich, also bei der Armee. In extenso soll sie nicht vergrößert werden, aber sie muß auf der Höhe bleiben. Wir haben und gewiß rechtliche Mängel gegeben, aber es ist sehr, sehr schwer, einen Wust zu beseitigen, und an dem Fundament hätten wir nicht rütteln. Zwei schwerwiegende Mängel, gerade bei den Offizierskassen, sind gemacht worden; sie sehen, wie auf der rechten Seite zu sehen. Der Erhöhung der Kommandataltäre stehen wir hauptsächlich gegenüber, nur wünschen wir nicht gerade einen Nachtrag. Die freie Rekrutierung wünschen auch wir. Die Frage der zweijährigen Dienstzeit für Kavallerie und Artillerie ist durch die geistigen glänzenden Ausführungen des hiesigen Militärsekt, mächtigsten vollständig erledigt. Wie wollen es damit genug sein lassen, wir wollen doch hier das hohe Haus nicht zu einem Kriegsgericht machen. (Sehr wahr! richtig.) Auch die Frage der Kommandataltäre ist nicht vor dieses Forum. Der Redner spricht wie die geistigen Redner für kleine Garnisonen; die Rekrutierung hat da viel zu viel den militärischen, viel zu wenig den wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkt berücksichtigt. Man hat sich auch da schwer an den Offizieren verknüpft. (Sehr wahr!)

Aus der langen Rede v. Bismarck habe ich selber keine neuen Gesichtspunkte entnehmen können. Die Rede liegt doch ein ganz klein wenig anders, als sie sich in seinem kriegsministerischen Erlass darstellt. Als er von Krommell sprach, wie der von einfachen Rekruten zum Rekrutenstand avancierte, hatte ich so das Gefühl, als ob Herr v. Bismarck selber sich noch einmal auf sich schwingen, den Passagier geben und an der Spitze seiner Fronten gegen uns losreiten wollte. Wir preussisch-deutsche Kavalleristen fürchten aber seinen Reiter nicht, wir werden ihm begegnen mit unserem alten Feldgeschrei: Mit Gott für König und Vaterland! (Beifall richtig.) Die Militärfrage wollen wir verlassen bis zu dem hoffentlich noch fernsten Zeitpunkt, wo unsere Nachkommen einmal Experimente mit dem Zukunftsstaat machen. Doch über Wunden in die Kasernen nicht zugelassen wird, darf Sie nicht wundern, Herr v. Bismarck. Eine Partei, die beim Rückruf des Präsidenten für den ermordeten Träger einer beehrten Denkmals den Saal verläßt, hat sich lediglich von den Gefühlen, die unser Volk befehlen. (Beifall.) v. Liebert befragt Gehaltsverhältnisse: Oberleutnants, Verwaltungsdirektoren usw.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Mitte, Sp.):

Welche Sparmaßnahme, oder nicht sinnlose Abträge; technisch müssen wir uns auf der Höhe halten. Den Abrechnungen der Kommissarien können wir zu, nur beim Regenerationsfonds wünschen wir Wiederherstellung der Regenerationsforderung. Dem kleinen Rest von Vereinen, die wir noch aus der großen Zeit haben, sollte man wirklich nicht das Bildchen entziehen, was ihnen zukommt; es sind da für den Reichstag beherrschende Tatsachen zu unserer Kenntnis gekommen. (Zuhörerschaft.) Mit der Förderung, inaktive Offiziere nicht in ihrer politischen Überzeugung zu beschneiden, und wir durchaus einverstanden. Als im letzten Wahlkampf ein General gegen Wittermann kandidierte, schrieb die

„National-Zeitung“, er ohne durch diese Kandidatur dem sozialdemokratischen Lager die Wege, und dieser Artikel wurde an das Generalkommando geschickt. Offiziell kommt das nicht wieder vor. v. Bismarck hat berichtet, namentlich sämtliche Resolutionen der Reichsversammlung im Sinne wie gestern die Abg. v. Weyn und Graf Orla.

In einer Veränderung der Bestimmungen über den Ausschuß der Öffentlichkeit oder des Verfahrens dabei haben wir keine Veranlassung. Eine Reform des Militärstrafrechts wünschen auch wir, aber nicht vor der Reform des gemeinen Strafrechts. Die Rede des Abg. v. Bismarck war ungewöhnlich geschickt; es waren die Erfahrungen des alten Soldaten mit adelsständischer Heißarbeit. Doch sein Vorschlag durchführbar ist, daran habe ich gar keinen Zweifel (Ordnung! Ordnung!) — ja, aber nur dann, wenn Sie ein entsprechendes Unteroffizierspersonal dafür einstellen mit geschickten Zukunftsansichten. Wollen Sie einen solchen Antrag durchführen, dann — wie wird in diesem Punkt? Ich verleihe mit den Landwirten sehr vielen Jahren, habe aber von einer Landbevölkerung trägt patriotisch die Fäden für die allgemeine Wehrpflicht, sie ist hochbar, in Ehren gebiet zu haben. Aber ich fürchte, wenn solche Anträge sich öfter wiederholen, diese Behauptungen von der Ungenügsamkeit, dann wird sie tatsächlich entstehen. Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung der einjährigen Dienstzeit ist dem ganzen Hause einmütig beigestimmt worden, ist nicht als ein Agitationsantrag. Ich sage, wir wollen den Einjährig-Freiwilligen-Dienst abschaffen und alle zweijährigen dienen lassen, dann werden wir unsere Einjährigen zu besseren Reserveoffizieren heranziehen; die Sozialdemokraten sagen umgekehrt: weil wir die Einjährig-Freiwilligen haben, geht es bei der ganzen Armee — ein Zugeständnis. Mit seiner Milizrede hat v. Bismarck das Gegenteil von dem behauptet, was er beabsichtigen wollte. Wie können doch nicht nur deshalb lange Kriege führen, um durch brauchbare Truppen heranzubilden. Eine militärische Augendaubung wäre nur zu wünschen, aber Herr v. Bismarck würde dann wenig Freude haben; eine Ausbildung, die tüchtige Beamte heranzieht, die Gott im Herzen und Treue zum König hat, nicht Schupfente nach portugiesischem Muster.

Abg. Schröder (Frei, Sp.):

Was gesagt werden konnte, ist gesagt. Die technische Ausbildung ist immer größere Anforderungen; dadurch wachsen die Kosten immer mehr. Es scheint so zu kommen, daß wir weiter pumpten müssen; das heißt aber, daß wir noch keinen annehmbaren Vorschlag für die Befestigung des Defizits geben. Es wäre jetzt eine Aufgabe für unsere Militärverwaltung, nachzugehen, ob nicht, wie der Reichsanwalt angibt, bei Verbesserungen gemacht werden können, und zwar in der Organisation. Schröder befragt den v. Bismarck. Ich nenne ihn mit Absicht Oberst, weil ein rechtschaffenes Erkenntnis noch nicht vorliegt; es heißt ja jetzt das letzte Erkenntnis in Aussicht. In seinem Brief über den Konflikt zwischen Zensur und vaterländischen Interessen ist etwas Gutes nicht zu finden. Er hat dann eine Vorrede zu den Erinnerungen des Generals v. Kretschmar geschrieben; sie sind von der Feder des Generals, einer Sozialdemokratin, herangezogen, aber etwas sozialdemokratisches steht in der Vorrede nicht. Das sind die Gründe für das Vergehen gegen v. Bismarck. Er hat dann kurzen Prozeß gemacht und auf seine Uniform verzichtet, das war sein Recht; aber dem Ehrengericht sollte er unterstellt bleiben. Ehrengerichtliche Ordnungen nur durch Armeebefehle zu erlassen, das hätte ich für bedenklich. Auch in Offizierskreisen wird das nicht geradezu freudig angenommen; das Militärkabinett geneigt nicht das Vertrauen, das es dazu haben möchte. Das geht nicht bloß die Offiziere an, sondern auch die bürgerlichen Kreise. Den Ehrengerichtlichen unterstellen auch die Offiziere des Generalstabes; die volle Vererbung des Danks in unseren bürgerlichen Kreisen ist darauf zurückzuführen. Der v. Bismarck zeigt und daß so manches in unserem militärischen Wesen den Anforderungen des Verfassungsstaates nicht entspricht. Das alte Kaiserreich aus den Fesseln des absoluten Staates muß abgetragen werden. Das Militärkabinett. Es ist möglich, daß die Entscheidung gegen den Obersten v. Bismarck ausfällt, aber wir haben ihn in jedem Falle dankbar zu sein. Er hat als Ehrenmann erst seine Ehre verweigert, aber er hat uns Mängel in unserem Militärwesen aufgezeigt, die beseitigt werden müssen, ein Rechenplan von einem unheimlichen und einem verantwortlichen Mann, der die Grundlagen des unheimlichen Kells gemischt mit zu vertuschen hat. (Beifall links.)

Freisinniger Generalleutnant Sigt v. Armin:

Dem Abg. Dr. Rudolph muß ich recht geben, daß ich als Vertreter des Reichstages nicht in der Lage bin, den Minister in allen Fällen genügend zu vertreten. Es liegt auf der Hand, daß ich über alle notwendigen und unmöglichen Fragen, die hier diskutiert werden können, nicht orientiert sein kann. In Fragen, deren Vertretung der Minister sich selbst vorbehalten haben würde. Es kommt hinzu — das werden Sie begreifen — daß ich in der Zeit der Vertretung mit einer gewissen Reserve aufzutreten muß. (Sehr richtig! richtig.) Ich kann nicht den Minister und die Reichsverwaltung für die Zukunft schenken. Das bitte das Reichstagshaus zu wollen, und ich habe die Gewissheit, daß, wenn in einzelnen Fällen meine Vertretung eine unzulängliche sein sollte, das Haus das nicht die Schuld wird entgegenstellen. Abg. Schröder ist auf einer Ehrengerichtlichen, auf die Fäden, die in der Armee herab, eingegeben. Es ist auf den heutigen Tag sind die Bestimmungen über die Ehrengerichte der Kommandogewalt vorbehalten worden. Ich kann mich auf diesen Punkt dann nicht mehr einlassen. (Ordnung! richtig.) Was speziell den v. Bismarck betrifft, so hat der Abg. Schröder zwar gesagt, die Sache könne ja noch, aber es läßt sich nicht, deshalb können wir ihn doch erwehren. Ich bin anderer Ansicht. Ich meine, daß gerade bei der Behandlung dieses hohen Hauses die Vertretung von Fragen, die in schwebende Prozesse eingeht, vermieden werden soll. (Sehr richtig! richtig.) Da der Abg. Schröder auf den v. Bismarck aber näher eingegangen ist, will ich ihn, soweit ich darüber orientiert bin, und soweit ich mir ein Urteil darüber bilden können, folgen. Gewiß kann ein Offizier in einem schweren Gewissenskonflikt kommen, wie der Abg. Schröder sagte. Das ist das Schreckliche, was dem Offizier im Leben passieren kann. Die Stellung aber, die der Herr v. Bismarck in dem Konflikt, in den er geraten war, eingenommen hat, ist für einen deutschen Offizier unmöglich. (Sehr richtig! richtig.) Und das deutsche Offizierskorps leidet Offiziere, die in solchen Fragen die Stellung des Herrn v. Bismarck einnehmen, nicht unter sich. (Beifall richtig.) Es ist gesagt worden, wie kann man v. Bismarck dem Ehrengericht unterstellen, weil er die Uniform noch trägt; er hat ja gesagt: ich verzichte auf die Uniform! Gewiß kann er, wenn er auf sein Ehrenkleid keinen Wert legt, es ablegen. Dann muß er es aber tun, che er Schritte unternimmt, die ihn in Konflikt bringen mit Pflichten, die mit dem Reich verbunden sind.

Wiel wichtiger als diese Erörterungen sind aber andere Punkte, auf die der Abg. Schröder eingegangen ist. Er hat so, als sei das Militärkabinett eine antiliberalistische Erscheinung. Ich möchte mit ein paar Worten auf die Entstehung dieses Instituts eingehen. Es hat früher im preussischen Kriegsministerium ein Kabinett für Personalangelegenheiten bestanden. Das war in der Zeit, in der auch der preussische Kriegsminister lediglich dem absoluten König verantwortlich war. Diese Institution hat mannigfache Wandlungen erfahren. Immer hat der Chef dieser Abteilung eine exzeptionelle Stellung eingenommen, die effizient dadurch in die Erscheinung trat, daß er über Angelegenheiten seines Ressorts jederzeit unmittelbar persönlich Vortrag dem Könige halten konnte. Gewiß ist wohl anzunehmen, daß der Abteilungschef sich über wichtige Punkte mit dem Kriegsminister verständigt haben wird. Immerhin liegt auf der Hand, daß das Verhältnis ein unklarer war und es mußte noch unklarer werden, nachdem durch die Verfassung die Stellung des preussischen Kriegsministers eine andere geworden war. Unklare Verhältnisse führen immer zu Schwierigkeiten und Störungen. Das ist hier eingetreten. König Wilhelm I. hat das mit seinem Schicksal für solche Verhältnisse erkannt und hat durch einen Erlass vom Jahre 1881 die Angelegenheit geregelt. Er hat darauf hingewiesen, welche mannigfachen Störungen des Dienstes, welche Mißgriffe, welche Mißverständnisse durch dieses unklare Verhältnis eingetreten sei, und er hat deshalb angeordnet, daß ein für allemal in Angelegenheiten der Kommandogewalt der Chef des Militärkabinetts die Befehle von seiner Majestät allein empfängt und sie ohne Gegenzeichnung des Ministers expediert. Dieser Erlass beruht auf durchaus gesunder Grundlage und besteht bis heute zu Recht. Auch sind hier und da Meinungsverschiedenheiten über die Kompetenzen des Militärkabinetts aufgetaucht. Aberhaupt scheinen die Konflikte darüber im größeren Maßstab auf durchaus falscher Grundlage zu beruhen. König Wilhelm I. hat dann nochmals Gelegenheit genommen, durch eine Kabinettsorder klar auszusprechen, wie die Sache eigentlich zu verstehen sei. Er hat gesagt: Da braucht für diejenigen militärischen Angelegenheiten, die nicht zum Ressort des Kriegsministers gehören, eine Bureauorganisation, eine Dienststelle, die meine Befehle und Anordnungen in dem Sinne, wie ich es haben will, bearbeitet und der Armee übermittelt. Die Stelle ist das Militärkabinett. Das Militärkabinett ist aber keineswegs eine Behörde mit irgend welchen Befugnissen nach außen. Also mit einem Wort: das Militärkabinett ist die Kanzlei des Königs in Kommandoangelegenheiten. Der Chef des Militärkabinetts ist auch selbstverständlich lediglich dem König verantwortlich, denn er hat ja lediglich dessen Befehle auszuführen und der Armee zu übermitteln. Der Chef des Militärkabinetts ist lediglich das Organ des Königs auf dem Gebiete der dem König allein und ausschließlich zustehenden Kommandogewalt. (Sehr richtig! richtig.)

Wenn der Abg. Schröder andeutet, daß das verfassungsmäßig werden muß, daß der Kriegsminister die Verantwortung für alles das, was auf militärischen Gebiete geschieht, übernehmen soll, so bezieht er damit einen sehr bedenklichen und gefährlichen Weg. Der Zustand, in dem wir uns befinden, ist einer der festesten Grundpfeiler unseres Staats und damit unseres Staates. (Beifall richtig.) Wir wollen hier stehen, daß unter der Hand ein Wille und ein Befehl besteht, und daß es ausgeschlossen ist, daß das deutsche Reich politischen Schwankungen und politischen Vorlesungen unterworfen ist. (Ordnung! richtig.) Wenn wir auf andere Länder blicken, werden wir Gott danken, daß wir diese Grundpfeiler noch haben. Wir kann nur vor einem Weg warnen, der dahin führen soll, diese Pfeiler zu untergraben. Der Sozialdemokratie würden damit gewiß gute Dienste geleistet werden. (Beifall bei den Sozial.) Sie hat das Gefühl, daß das Reich nach der fechtigen Damm gegen ihre Agitation ist. Ich glaube auch nicht, daß das hohe Haus Lust haben wird, diesen Weg zu beschreiten. Überzeugung aber bin ich davon, daß der König von Preußen die Rechte und Pflichten der Kommandogewalt, die in seiner Hand liegen, solange es ein preussisches Reich und treuhafte Könige geben wird, nicht aus der Hand nehmen lassen wird. (Beifall! richtig.) Und der preussische Kriegsminister, der die Hand dazu bietet, an diesen Pfeilern zu rütteln, möchte erst noch abgehört werden. (Beifall! richtig.) Der Redner kommt dann in Folge der Bemerkungen des Abg. Rudolph auf die Bedeutung der Kavallerie zu sprechen. Ich vermute kein Mißverständnis, wenn ich anrede, daß heute bei der Wahlmahnung der Kaiserwahl der großen Reiter sich in einer ganz isolierten Geschlossenheit gegen früher verhalten. Es ist von der ersten Bedeutung, daß gerade im ersten Moment des Kampfes der Gegner der Einfluß in unsere Maßnahmen vergrößert und uns selbst die Auffassung über die gesamten Maßnahmen erweitert wird, denn das bildet die Grundlage für die Entfaltung der Reiterei, und die ersten Entschlüsse der Führung sind oft entscheidend für den ganzen Verlauf des Kampfes.

Es wird gesagt, große Kavallerieattacken gibt es nicht. Gewiß, gegen intakte Infanterie reitet keine Kavallerie. Aber bei dem geklärten Reiter der Waffen wird es in einem künftigen Kriege zahlreiche Momente in Schlachten geben, in denen eine geschickt geführte Kavallerie mit Erfolg eingreifen kann. (Sehr richtig! richtig.) In den Mannern muß eben gelernt werden, im Gelände zu reiten und die große Rolle zu spielen. Nach der Schlacht von der Infanterie nicht mehr die entscheidende Waffe ist, kann aus der Infanterie nicht mehr die entscheidende Waffe sein, wenn nach einer heftigen Schlacht der Reiter absteht. Auf die von Dr. Rudolph angeregte Umgestaltung des Verfahrens für die Befugnis zum Einjährig-Rekrutierungsdienst erklärt der Redner, daß auf Grund eines früheren Entschlusses des Abg. v. Bismarck Verhandlungen mit dem Reichsanwalt und dem preussischen Kultusminister geschlossen seien und gibt an, daß die Prüfungsbestimmungen nicht klar seien. Eine einjährige Prüfung dieser Bestimmungen sei gewiß nicht zu wünschen. Lange Leute, die nicht die vollständige Befähigung haben, aber auf anderen Gebieten Tüchtiges leisten, sollen mehr als höher bei der Gewährung der Befugnis zum Einjährig-Rekrutierungsdienst berücksichtigt werden. Also die Erörterungen über eine moderne Gestaltung dieses Verfahrens schweben. Aber eine gezielte Gestaltung ist nach den künftigen Erwägungen nicht in Aussicht zu stellen. Auf die Schwächen über die Jurisdiction Einzeldränger jüdischen Glaubens erwidert der Redner: wenn das geschieht, so ist es selbstverständlich im höchsten Grade zu begrüßen. Die Zahl der Reserveoffiziere liegt in der Hand des Reichstages selbst. Hierin muß es in den einzelnen Fällen überlassen bleiben, die Momente pflichtgemäß und gewissenhaft zu erwägen, die ausstehenden sind, ob der betreffende auch Reserveoffizier werden soll oder nicht. Doch Gebührendes eo ipso von der Ernennung zum Reserveoffizier auszuschließen sind, davon ist nicht die Rede. Schmeichelt hat mich die Be-

merkung des Hg. Wagner von der Abgrenzung der Offiziersklasse berührt. Ich habe im Westen, Osten, Norden und Süden gestanden und habe von einer so lehrreichen Abgrenzung meines Standes nirgends etwas gemerkt. (Lachen bei den Hg.) Mit der allgemein wachsenden Bildung und vor allen Dingen mit der wachsenden Bedeutung der Technik für das Heer weichen sich auch die Berührungspunkte zwischen Heer und Zivil. Zum Schluss erklärt der Redner, dem Wünsche, Militär in kleine Garnisonen zu legen, Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Hg. Erzberger (Zentr.):

Die Rede Schraders war ja sehr interessant, aber was er über die Abgrenzung der Befugnisse der Kommandogewalt sagte, war nicht alles zutreffend, und wollen wir die Rechte des Reichstags geachtet wissen, müssen wir die Rechte der Krone achten. (Beifall rechts.) Schrader wünscht eine Abänderung der verfassungsmäßigen Bestimmungen, aber den Weg hat er uns nicht gezeigt. Verwunderlich ist es, daß die Militärverwaltung die alte Forderung der freien Heimatsreise noch immer nicht bewilligt hat; die 1½ oder 2 Millionen dafür müssen doch aufzubringen sein. Erzberger spricht besonders zu der Zentrumsresolution, die die Erhöhung der Bezüge der Gemeinen gleichzeitig mit der Aufbesserung der Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten fordert; das würde ein wirksamer Vorstoß für die Erhöhung des Mannschaftsoldes sein. Dann geht Erzberger auf die in der Budgetkommission schon eingehend behandelten Fälle militärischer Parteimitglieder von Bezirkskommandeuren und Kreisoberkommandanten in Rußland und an der Saar über. Der Kriegsminister hat in der Kommission bereits erklärt, daß die betreffenden Bezirkskommandeure ihre Befugnisse überschritten hätten. Den aus dem Landesregierungsrat im Zusammenhang mit den letzten Wahlen ausgeschiedenen Kreisoberkommandanten an der Saar und Mosel ist nicht nur das Fahrenband entzogen, sondern auch durch Erlass des preussischen Ministers des Innern und des Kriegsministers unterstellt worden, die Ruhe zu führen; lediglich aus politischen und teilweise aus konfessionellen Beweggründen! Welche Empörung und Entrüstung hat das unter den alten verdienten Veteranen hervorgerufen! Ist denn ein solcher überprüfbarer Fonds an Vertrauen und monarchischem Gefühl vorhanden, daß man in dieser Weise zu wirtschaften beabsichtigt? Gerade das Interesse der Heeresverwaltung muß dazu führen, daß Ruhe und Ordnung in den Kreisoberkommandaten herrscht. Soll unser Heer auf dieselbe Bahn kommen, auf der mit raschem Schreiten das französische Heer vorwärts schreitet? Hg. Erzberger bespricht dann die Resolutionen und fordert eine größere Sorgfalt bei der Einstellung der Rekruten und empfiehlt Verbesserungen im militärischen Sanitätswesen.

Hg. Gieseler (Frei. Sp.):

Der Vertreter des Kriegsministeriums hätte dem Hg. Schrader anders geantwortet, wenn er eine in et studio gesprochen hätte. Der Redner begründet die Stellung seiner Parteifreunde zu den Resolutionen. Den in den Erste-Resolutionen ausgesprochenen Wünschen werden wir Widerstand nicht entgegenstellen. Auch wir wissen, daß die Lösung der Mannschaften unzureichend ist; aber auch wir lehnen es ab, die Aufbesserung schon in einem

Nachtragsetat zu fordern, wie es die Sozialdemokraten, oder sogar um Zug mit der Aufbesserung der Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten, wie es das Zentrum beantragt. Die Militärbeamten und Unteroffiziere bedürfen dringend der Aufbesserung, dringender als die Mannschaften, die doch nur zwei oder drei Jahre zu dienen haben und nicht verheiratet sind. Die Verquickung der beiden Forderungen könnte die uns sehr für dieses Jahr zugedachte Erhöhung der Bezüge der Unteroffiziere und Militärbeamten in Frage stellen. Im nächsten Jahre, wo die Finanzlage gelassener sein wird, sollen dann die Mannschaften aufgebessert werden. Der Antrag auf allgemeine Einführung des einjährigen Dienstes ist uns ja sehr sympathisch; wenn es möglich wäre, würden wir für diese Forderung stimmen, aber auch und scheint aus militärischen Gründen die Zeit dafür noch nicht gekommen. Vielleicht aber entschließt man sich in späterer Zeit dazu, einen Teil der Fußtruppen anderthalb Jahre dienen zu lassen. Über das Militärsystem denken wir doch nicht ganz so, wie es von einigen Rednern ausgeht. Die Herren mögen die Schmachthäute der Denkschrift von 1890 nachlesen. Über die Verhältnisse sind heute doch anders als damals. In Zeiten der Not können Militärs gute Dienste tun; wir wollen aber hoffen, daß sie nie mehr kommen. Anders sehen wir zur Frage der zweijährigen Dienstzeit bei den reitenden Truppen; diese Frage wird auch von militärischen Sachverständigen verschieden beurteilt. Wir glauben, daß die Einführung in absehbarer Zeit möglich sein wird, trotz der entgegengelegten Anschauungen der Heeresverwaltung und der ungünstigen Erfahrungen, die in Frankreich gemacht sein sollen. Zunächst aber halten wir mit unserem Urteil zurück, wir wollen die Denkschrift ab. Hg. Gieseler bespricht sodann ausführlich die Resolution seiner Fraktion über die freie Heimatsurlaubreise. Dieser Antrag hat eine lange parlamentarische Geschichte. Ist ein Musterbeispiel dafür, wie lange der Reichstag auf Erfüllung seiner Forderungen warten muß — schon seit 1889! Die Erfüllung dieser Forderung wird die Liebe zur Heimat fördern.

Hg. Kossel (Soz.):

Herr v. Liebert hat unter großem Beifall einen Teil des Hauses sich laut darüber geäußert, daß die sozialdemokratische Fraktion über die Ermordung des Königs von Portugal nicht mitgeteilt hat. Die Auffassung der Sozialdemokratie über Attentate wird Ihnen bekannt sein. Wie verurteilt jede Art von Mord, jede Art von Gewalttat. Das können Sie auf der rechten Seite nicht von sich sagen. Sie haben wiederholt den Standpunkt vertreten, daß unter Umständen auf das Volk geschossen werden muß; dann müßten Sie auch auf der anderen Seite einem unterdrückten und geknechteten Volk dieses Recht geben. Unter herablassender Mißachtung drücken wir dem portugiesischen Volk aus, daß es nur durch die Sozialdemokratie befreit werden kann, auch für diese Tat die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen.

Kossel spricht über die kostspieligen Besichtigungen und den Militärschulung. Daß es ohne Notwendigkeit geht, davon ist die württembergische Heeresverwaltung überzeugt. Wie schon in der Kommission, so ist Kossel der Militärverwaltung die Anerkennung, daß sie nach Kräften bestrebt sei, Soldatenmishandlungen entgegenzutreten. Die Zahl der bestraften Fälle

ist auch erheblich abgenommen, aber es kommen noch grausenhafte Fälle vor, und nicht alle werden bekannt, weil die Soldaten es nicht wagen, sich zu beschweren. Kossel wiederholt seine Ausführungen aus der Kommission über die Verschleppungen beim Kaisermanöver und fordert dann die Reform des Besatzrechts und des Militärstrafrechts. Kein Gesetz hat einen derartigen Klassencharakter wie das Militärstrafgesetz. Es ist ja gar nicht mehr, daß wir ein Volksheer haben; wir haben ein Heer, das aus zwei Klassen besteht. (Lachen rechts.) Für die Soldaten sind die Strafen unermesslich hart, für Offiziere zum Teil zu milde. Studienarrest für die Offiziere mit aller Beuglichkeit des eigenen Haushalts, zum Teil wegen schwerer Verfehlungen gegen Offiziere, auf der anderen Seite die luxuriösen Strafen gegen die Mannschaften. Welche Resolutionen müssen da nicht! Auch in Bezug auf den Ausschluss der Öffentlichkeit hat der Reichstag einseitig die Pflicht, unsere Resolution anzunehmen, wenn er sich nicht selber desavouieren will. Die Zustände sind da geradezu schandhaft. Kossel spricht über den blauen Brief und die Verschleppung des Pensionats. In Altsiedeln mußte Oberst v. Gröben den Abschied nehmen, weil Dinge in seinem Regiment vorgekommen sind. Da liegt doch die Gefahr nahe, daß die Regimentskommandeure dann Verfehlungen ihrer Offiziere zu vertuschen suchen. Der Redner spricht weiter zu den anderen Resolutionen seiner Fraktion. Der bayerische General v. Giebel hat mit seiner Rede für das dritte Dienstjahr die wichtigste Anklage gegen unser Schulwesen gehalten. Der Krieg für die Kavallerie kommt zum größten Teil vom Lande, wo die Schule geradezu schandhaft ist. (Lachen rechts.) — besonders bei Jünnen. Herr Kossel, in Stalupönen! (Heiterkeit.) Die Zeit des Schulmeisters von Sadova ist bei uns längst vorbei. Wie kann man Fehler so mißverstehen! Wo hat er verlangt, daß die Leute von der Straße weg in die Witz gesteckt werden sollen? Er hat stets verlangt, daß dem eine Jugendwehr vorangestellt soll, das planmäßige Schutreiben darauf, daß die Leute, wenn sie zum Dienst einbezogen werden, schon ein hohes Maß von Kruppenergebnissen mitbringen, das sie jetzt mühsam in den Anstalten lernen müssen.

Nicht ein Volksheer haben wir, sondern ein verunreinigtes Offizierskorps und bewaffnete Unterthanen. Kein Gemeiner kann Offizier werden, und das Bürgertum läßt sich das ruhig gefallen, läßt sich ruhig an die Wand quetschen; früher hat es wenigstens gemurmelt, jetzt auch nicht mehr. (Heiterkeit.) Wie sollen sich jetzt die Freimänner — ich bedauere, daß sie nicht im Hause sind. (Heiterkeit.) (Die freimännliche Fraktionsgemeinschaft hat seit sechs Wochen eine Sitzung.) Dieses Bürgertum überläßt es den Sozialdemokraten, die Gräber der Vätergefallen zu säubern und hat auch nichts mehr dagegen, den Soldaten scharfe Patronen gegen die Arbeiter in die Hand zu geben.

Sächsischer Oberst Hr. v. Salza:

Der Korredner hat sich u. a. darüber geäußert, daß bei den Kriegsgeschehnissen der vierzehnten Division nicht rechtzeitig bekannt gemacht ist, wann Verhandlungen stattfinden. Das Militärstrafgesetz enthält keine Verpflichtung dazu. (Gelächter links.)

Weiterberatung: Mittwoch 1 Uhr.

Schluss 6½ Uhr.



Suppenfleisch spart

wer **MAGGI'S Suppen** mit dem Kreuzstern

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen!**

verwendet. Nur mit Wasser wenige Minuten zu kochen. Mehr als 50 Sorten. — Ein Würfel zu 10 Pfg. gibt 2 Teller. (Erst gekaut) und kräftig schmeckend, wie die besten hausgemachten Fleischbrühen Suppen.

77141

MAGGI'S gute sparsame Küche

Passendes Gelegenheits-Geschenk!

Im Verlage der Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei G. m. b. H. in Mannheim
ist erschienen:

Mannheim 1907 — Ein Gedenkbuch

an das

Jubiläumsjahr und seine Ausstellung

verfasst von den Herren Prof. Dr. Friedrich Walter und Hermann Schade
Mitgliedern der Ausstellungs-Leitung.

≡ Mit zahlreichen künstlerisch ausgeführten Illustrationen. ≡

Preis: Im Prachteinband Mk. 6.—, broschiert Mk. 5.—

Zu beziehen durch die Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei G. m. b. H. in Mannheim sowie durch alle hiesigen Buchhandlungen,
ferner durch den Verkehrsverein Mannheim und durch die Zeitungsträgerinnen des „Mannheimer General-Anzeigers.“

Fertige Betten

kaufen Sie am besten und billigsten im

Kaufhaus D. Liebhold

H 1, 4 Breitestr. Mannheim. Breitestr. H 1, 4

Eiserne Bettstelle mit Drahtrost Seegrasmatr. 1 Deckbett, 1 Kissen	28—	Nussbaum-Jack. Holzbettstelle Strohmatr. Seegrasmatr. m. Kopfk. 1 Deckbett, 1 Kissen	40—	Feinlack als Bettstelle, Stell. Seegrasmatr. mit Kell 1 Deckbett, 2 Kissen	50—
Nussbaum-Jack. engl. Bettstelle Drahtrost, Stell. Wollmatr. m. Kopfk. 1 Deckbett, 2 Kissen	85—	Pol. Muschel-Bettstelle, Rost m. Strohmatr. Stell. Seegrasmatr. m. Kopfk. 1 Deckbett, 2 Kissen	115—	Hochf. pol. Bettst., engl. Fagon m. Urnen Rost m. Strohmatr. Stell. Kapokmatr. m. Kopfk. 1 Dünnendeckbett, 2 Kissen	145—

Eiserne Kinderbettstellen

teilweise weit unter dem regulären Wert im
unvergleichlich grosser Auswahl:
Mk. 54.— 42.— 35.— 28.50 25.— 18.— 15.—
12.50 10.— 7.75 6.25

Grosse eiserne Bettstellen

zum Teil ca. 30% unter dem realen Preis:
Mk. 32.— 25.— 22.— 18.— 15.— 10.50 7.75 5.75Seegrasmatr. von Mk. 18, 15, 12, 9.
Wollmatr. von Mk. 25, 22, 20, 18.Kapokmatr. von Mk. 45, 42, 40, 35.
Haarmatr. von Mk. 75, 65, 55, 45.

1. schläfrige gefüllte Deckbetten

Mk. 22.—, 18.—, 15.—, 12.—, 10.50, 9.—, 7.25

Fertig gefüllte Kopfkissen Mk. 7.—, 6.—, 4.50, 3.—, 1.95

Bettfedern u. Daunen, Bettbarchent, Daunenköper u. Bettdecke

werden in meinen guten bewährten Qualitäten zu den denkbar billigsten Preisen verkauft.

Als besonders vorteilhaft empfehle ich:

Einfache Wohnungseinrichtung

- 2 schöne Bettstellen mit hohem Haupt
- 2 Patentröste mit Zugfedern
- 2 Stellige Wollmatr. mit Kell
- 1 Waschkommode mit modernen Beschlägen
- 2 Nachttische
- 1 zweiflügeliger Chiffonier
- 1 Vertike mit Spiegelaufsatz
- 1 Sofa
- 1 polierter Tisch
- 6 Wiener Stühle
- 1 Spiegel
- 1 vollständige Kücheneinrichtung

zusammen Mk. 350.—

Bessere Wohnungseinrichtung

- 2 polierte englische Bettstellen
- 2 Spiralfeder-Röste
- 2 Stellige Haarmatr. mit Kell
- 1 polierte Waschkommode mit Marmorplatte
und Toilette-Aufsatz
- 2 polierte Nachttische mit Marmorplatte
- 1 Handtuchgestell
- 1 zweiflügeliger Spiegelschrank
- 6 Walzenstühle
- 1 Antiken-Tisch
- 1 eleganter polierter Vertike
- 1 Kameltaschen-Diwan
- 1 eleganter Sofaspiegel
- 1 gute Kücheneinrichtung

zusammen Mk. 725.—

Schlafzimmer-Einrichtungen

- 2 englische Bettstellen mit Schnitzerei
- 1 Waschkommode mit Marmor und Toilette-
Aufsatz
- 2 Nachttische mit Marmor
- 1 zweiflügeliger Chiffonier mit Schnitzerei

zusammen Mk. 245.—

- 2 feine Nussbaum-fornierte engl. Bettstellen
- 1 Waschkommode mit weissem Marmor und
Toilette-Aufsatz
- 2 Nachttische
- 1 zweiflügeliger Spiegelschrank

Alles mit moderner Bildhauerei
zusammen Mk. 325.—

Für sämtliche Möbel weitgehendste Garantie.

Pianos

nur erstklass. Fabrikate

von 425 Mk.
an.

Pianos zur Miete

per
Monat 6 Mk.
an.

A. Donecker

1. 1. 2.

Eine Frau empfiehlt das
im Rhythmus von fast. Zeit u.
Beimöbeln.
Berggasse 20, 6. St. z.

Neu eröffnet. Dampfwaschanstalt

„Frauenlob“
Augartenstr. 63. Telefon 1521.Uebnahme von
Hotel- und Haushaltswäsche
Spezialität: Tadellose Herstellung von moderner
Herren- und feiner Damenwäsche.NB. Wir garantieren, dass bei der Behandlung der Wäsche weder
Chlor noch sonstige scharfe und schädliche Substanzen verwendet werden
und die Anstalt von einem langjährigen Fachmann geleitet wird.
Die Wäsche wird auf Wunsch abgeholt und prompt zurückbefördert.

Mannheim ist sprachlos

über die
staunend billigen Preise
im

Total-Ausverkauf

Schuhwaren

denn ich muss räumen, um Platz zu gewinnen für die
eingetroffenen Frühjahrs-Neuheiten in

Herren- und Knaben-Kleidern

Ein Versuch überzeugt Jedermann von meiner Billigkeit.

Arthur Steinbach

J 1, 7 Breitestrasse J 1, 7

Unentbehrlich

für Behörden, Handels- und Gewerbe-
treibende, Gastwirtschaften, Private etc.
ist während des ganzen Jahres das

Adressbuch von Mannheim

mit den Stadtteilen Käferthal,
Waldhof, Neckarau u. Rheinau73. Jahrgang 1908
elegant gebunden:

Grosse Ausgabe: Mk. 7.—

Kleine Ausgabe: Mk. 3.—

Dem Adressbuche ist ein ko'rierter Uebersichts-
plan von Mannheim-Ludwigshafen mit Vororten nebst
Plan des Grossh. Hof- u. Nationaltheaters beigegeben.Vorbestellte Exemplare bitten wir, falls solche
nicht zugestellt worden sein sollten, bei uns in
Empfang zu nehmen, oder abzufordern.

Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei, G. m. b. H.

E 6, 2 Telefon Nr. 218. E 6, 2

Joh. Vaillant Remscheid
Bedeutendste Spezialfabrik für Gas-Boiler.Vaillant's patent Gas-
Badeöfen

Fabrik-Lager Q 6, 10b.

Ständige Ausstellung der Apparate in Betrieb Fernsprecher 2423

Villen-Karten

Dr. B. Haas'sche Buchdruckerei G. m. b. H.

KANDER'S Weisse Beispiele unserer Billigkeit

Warenhaus
G. m. b. H.
T 1, 1
Verkaufshäuser: Neckarstadt, Marktplatz.

Tafeläpfel, italienische	1 Pfund 12 Pfg.
Blumenkohl	1 Kopf 13 Pfg.
Orangen, süsse	10 Stück 28 Pfg.

Emaille.	
	Pfg.
Küchenschüsseln	15
Spucknapfe, weiss	28
Teller, weiss	10
Omeletpfannen, 3 Farben	19
Eimer, 3 Farben	65
Ringtöpfe mit Deckel	78
Fleischtöpfe mit Deckel	48

Steingut.	
	Pfg.
Tassen, weiss	5
Saucieren, weiss	15
Milchtöpfe mit Schrift	25
Frühstücksplatten	15
Salatschüsseln, viereckig	17
Wasserkannen, dekoriert	58
Bettpfannen	125

Günstigste Kaufgelegenheit für Wirte u. Restaurateure.	
	Pfg.
Römer, antike auf grünem Fuss	18
Eckenseidel, 0,4 Ltr. gealcht	19
Weingläser, gepresst	8
Weinglas „Mathilde“, Halbkristall	18
Sektbecher mit Goldrand	9

Lebensmittel.	
	Pfg.
Dürrfleisch, feinstes	Pfd. 80
Mettwurst, trocken	Pfd. 80
Leberwurst, thüring.	3/4 Pfd. 25
Rotwurst, thüring.	1/2 Pfd. 25
Rotwein, französisch	Flasche 78
Samos	Flasche 85
Berliner Getreidekummel	Flasche 98

Damast-Tischtücher	135 Mk.
Halbleinen, schwere Qualität	Stück
Überbetttücher	295 Mk.
ausgebogen, aus vorzüglichem Cretonne	Stück
160x225 cm gross	

Ein Gelegenheits-Posten Mädchen-Hemden	
	Pfg.
40	36
45	42
50	48
55	52
60	58
65	62
70	68
75	78
80	85
85	92

Kissen-Bezüge	
	Pfg.
58	95
110	135

Kinder-Reformschürzen	
	Pfg.
für 1 bis 6 Jahre	98
für 6 bis 12 Jahre	110

Ein grosser Posten abgepasste Vorhänge weiss und crème	
	Pfg.
495	745
990	

Damen-Kleider-Reformschürze	
	Pfg.
145	

Bereinsnachrichten.

* Verein für Volksbildung. Der vierte Vortrag des Herrn Professor Dr. Schmalbe war nach zahlreicher als die vorausgegangenen besucht. Der große Rathsaal und die Galerie war dicht besetzt. Der Redner behandelte diesmal die verbreiteten Infektionskrankheiten und schilderte sehr anschaulich die Ursachen, den Verlauf und die Behandlung von Diphtherie, Typhus, Cholera, Influenza, Eiterung, Tuberkulose und Sepsis (Ausfall). Bei dieser Gelegenheit liess er interessante Einblicke in die Serumgewinnung und dessen Behandlung tun. Die ganze Serumbehandlung beruht darauf auf einer Stärkung der im menschlichen Körper schon vorhandenen Schutzvorrichtungen. Man hat gefunden, dass im Blutserum fast stets sozogen Gegenstoffe, Gegen-Infektionen sind, welche den von außen eingebrachten energisch entgegenwirken und von der Zahl und Stärke dieser hängt der Verlauf der Krankheit ab. Die vorhandenen Mergen sich gleichsam auf die Eindringlinge, und es beginnt ein heftiger Kampf, der im günstigen Falle damit endet, dass die feindlichen Bakterien sich gewissermaßen auflösen, sich in einander verhaften wie Hasen und Felle und so unschädlich werden. So erklärt sich die Heilung vieler Infektionskrankheiten, selbst der Tuberkulose (Lungenentzündung). Hat doch eine Untersuchung ergeben, dass 95 Prozent aller Menschen Tuberkelbazillen beherbergen, ohne dass man es merkt. Da konnten eben die Bakterien sich nicht in der ungeheuren Zahl vermehren und schließlich die Gewebe zerstören. Diese Tatsache aber eröffnet die erfreuliche Aussicht, dass es der Heilung gelingen wird, über die fürchterliche Volksplage doch Herr zu werden. Man hat außerdem heute schon erprobte Vorbeugungsmassregeln, und diese „Gesundheitspflege“ soll im nächsten Vortrag am Mittwoch, 3. Februar, behandelt werden. Bis jetzt haben wir die Ursachen geschildert erhalten, welche von Bakterien brohen, nun sollen wir noch mit den Abwehrmassnahmen vertraut gemacht werden, was wohl der wichtigste Teil ist. Versäume daher niemand die beiden letzten Vorträge, die wie alle anderen frei sind.

* Mittelhessischer Arbeiterverein. In der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des Mittelhessischen Arbeitervereins hielt Herr Generalsekretär H. A. Puch vom Zentralverband deutscher Industrieller einen Vortrag über die Entwicklung der Sozialpolitik auf das gewerbliche Arbeitsverhältnis. Er gab zunächst ein anschauliches Bild der historischen Entwicklung unserer Ansichten über Sozialpolitik. Die Industrie fand sich mit der Gesetzgebung der ersten Periode sozialer Gesetzgebung, die mit dem Jahre 1883 ihren Abschluss fand, völlig ab und stimmte auch den großen Gedanken der Volkshilfe des alten Kaisers Wilhelm vom 11. November 1891 lebhaft zu. Ende der 80er Jahre setzte eine verstärkte Tätigkeit der Arbeiterorganisationen ein und unter der Regierung Kaiser Wilhelms II. begann eine neue Periode der Gesetzgebung. Die Vorschläge der Regierung vom Jahre 1891 in Bezug auf den Arbeiterschutz fanden in der Industrie Zustimmung, der Reichstag aber ging über die Vorschläge weit hinaus und ergriff den Arbeiterschutz in seiner Selbstbestimmung über den Betrieb erheblich ein. Die Ansicht der Regierung, wenigstens den Vorschlag 33 der Gewerbeordnung, der den Mißbrauch des Koalitionsrechts betrifft, zu verschärfen, wurde vom Reichstag abgelehnt und von da ab überboten sich unter freiem Anzeichen der Sozialdemokratie die Parteien in weitgehenden sozialpolitischen Forderungen. Das gewerbliche Arbeitsverhältnis ist dadurch nicht gebessert, sondern verschlechtert, der Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter verschärft worden. Dabei geht die Regierung in den staatlichen Werkstätten ohne Rücksichtnahme auf die Industrie damit voran, ungesunde Forderungen der Arbeiter zu erfüllen und bringt dadurch in Verbindung mit den Kosten der Sozialpolitik und der Erziehung des Gewerbes durch die Sozialpolitik bei Aufhebung der Konjunktur unter ungünstigen Umständen. Man unterschätze auch die ungünstige

Lage der deutschen Industrie gegenüber der ausländischen, namentlich der englischen und den Umständen, dass die gedachte Stellung der deutschen Industrie nur durch unermüdete Arbeit erreicht werden kann. Das deutsche Reich brauche im Jahre für ungefähr 5 Milliarden Mark Rohstoffe und Nahrungsmittel. Diese könne es in der Hauptsache nur bezahlen mit der Ausfuhr von Industrieprodukten und deshalb müsse die Industrie in den Stand gesetzt werden, auch fremde zu konkurrenzieren. Eine zu weitgehende Sozialpolitik aber mache dies unmöglich und fegern die Industrie bereit sei, wirklich bestehende Forderungen ihre Unterstützung zu leisten, wie auch die sehr eingebrachte Resolution zur Gewerbeordnung wesentlichen Gedanken nicht unterliege, so müsse auf das Erscheinen vor der weiteren Verfolgung einer zu weitgehenden sozialpolitischen Gesetzgebung gewarnt werden und es müsse gehofft werden, dass die verbündeten Regierungen nach den Vorgängen der zweiten Periode der sozialen Gesetzgebung weitergehende Ansprüche der sozialdemokratischen Partei zum Zuge unserer Industrie und unseres Vaterlandes entschlossen wie bisher bekämpfen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

* Verein für Feuerbestattung Mannheim-Ludwigshafen. Die am 30. Januar abgehaltene diesjährige Generalversammlung war von etwa 60 Mitgliedern besucht und nahm einen recht betriebenen Verlauf. Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls der vorjährigen Versammlung erstattete der Vorsitzende, Direktor Otto Wüst, den Jahresbericht, dem wir folgender Daten entnehmen: Dem Verein sind im abgelaufenen Jahre 166 neue Mitglieder beigetreten, wogegen durch Tod 15 und durch Austritt, Wegzug u. s. w. 21 Mitglieder ausgeschieden sind. Der Gesamtmitgliedsstand stellte sich am 31. Dezember 1907 auf 1144 gegenüber 1914 am Ende des Jahres 1906. Feuerbestattet wurden im hiesigen Krematorium im Jahr 1907 im Ganzen 106 Personen gegen 116 im Jahr 1906. Darunter befand sich auch ein in weiteren Kreisen bekannter Vorkämpfer der Feuerbestattungsidee, der im März v. J. im Alter von 80 Jahren verstorbenen freiwillige Krebiger Karl Scholl, dessen Andenken gleich dem der übrigen verstorbenen Vereinsmitglieder durch Erheben von den Sitten geehrt wurde. An lehrreichen Verhandlungen sind u. a. etwa 1700 (gegen 1500 im Vorjahr) bei dem Vorstand hinterlegt. Das Vereinsvermögen hat sich um etwa 1500 Mk. vermehrt, wovon 1000 Mark als besondere Rücklage für die Sterbegeldbestimmung abgesetzt wurden. Die Umlage für 1907 beträgt wie bisher 1 Mark für jedes ordentliche Mitglied. Der Vorstand und dem Verwaltungsrat wurde einstimmig Entlassung erteilt. Der Vorsitzende erwähnte noch den vor Kurzem erfolgten Sterbestandstillstand, durch welchen die städtische Taxe für Feuerbestattungen 111. Klasse mit jener für Erdbestattungen gleichgestellt d. h. auf 30 Mk. herabgesetzt wurde und sprach dem Stadtrat den Dank des Vereins für die Genehmigung des Vorbeschlusses aus. In der Erlebung eines weiteren Punktes der Tagesordnung wurde die beantragte Wänderung der §§ 4 und 8 der Satzungen (bei einer Stimmenmehrheit) einstimmig angenommen. Es handelt sich dabei um eine geringfügige Änderung, die dem Reichsausschuss für Privatversicherungen verlangt worden waren. Bei der sich hieran anschliessenden Ratung wurden die anwesenden Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitglieder Dr. Max Hengler, Direktor Richard Sauerbeck, Krebiger Georg Schneider, sämtlich in Mannheim und Rechtsanwalt Franz in Frankenthal, sowie die beiden Rechnungsführer Direktor Karl Bornath, Mannheim und Bohrtreffer Val. Vollmer-Ludwigshafen einstimmig wiedergewählt. Für eine Reihe aus der Mitte der Versammlung erfolgter Anregungen wurde dem Vorstand wohlwollende Prüfung angetragen. Bei der schließlich vorgenommenen Auslosung den 25. Anteilseignern wurden die Nummern 38, 97, 102, 181, 184, 260, 385, 427, 493, 492, 494, 514,

560, 632, 685, 721, 755, 761, 803, 804, 826, 830, 832, 834 und 865 zur Stichziehung gezogen.

Aus dem Großherzogtum.

* Pforzheim, 1. Febr. In einer Bijouteriefabrik in der Herrenstraße waren am Freitag nachm. 3 Polierknechte, die 19jährige Emma Red aus Bielefeld, wohnhaft in Oberlengsbach, u. die 24jährige Frida Zug von hier, beschäftigt, zu oxydierende Sachen anzumachen. Sie taten das leider in einem Raum, dessen Benutzung zum Oxydieren verboten war. Wahrscheinlich ist nun beim Anzünden des Gases das weggeordnete Zündholz in eine Schüssel gefallen, die einige Alter Benzin enthielt, das sofort in Flammen emporstieg. Emilie Red wurde vom Feuer erfasst. Frida Zug wollte ihr beibringen und erlitt ebenfalls Verletzungen. Das Zimmer, in dem das Unglück geschah, hatte zwei Türen, eine derselben war verschlossen und der Weg durch die andere war von den Flammen versperrt, die den zur Hilfe eilenden Arbeitern entgegenstiegen und ihnen den Eintritt verwehrten. Frida Zug flüchtete sich trotzdem durch die Tür, Emilie Red aber wurde durch ein Fenster hindurch herausgeholt. Die beiden bedauernswerten Mädchen wurden durch den Sanitätswagen ins Krankenhaus gebracht. Emilie Red dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, da sie laut „Pforz. Anz.“ vom Kopfe bis zum Fuße mit schweren Brandwunden bedeckt ist. Die Haut ist an manchen Stellen garabzu verlohrt. Frida Zug ist weniger schwer betroffen; sie wurde namentlich im Gesicht, an den Händen und an der Brust von den Flammen verfehlt.

* Pforzheim, 3. Febr. Wie vorausgesehen war, hat das Unglück, das sich am Freitag in einer hiesigen Bijouteriefabrik ereignete, ein Menschenleben gefordert. Die 19-Jährige Emilie Red von Oberlengsbach ist Sonntagabend im Krankenhaus ihren schweren Brandwunden erlegen. Dagegen befindet sich das andere, weniger verletzliche Mädchen, Friederike Zug, auf dem Wege der Besserung.

* Karlsruhe, 1. Febr. Veranlaßt durch die hohen Fleischpreise hat der Karlsruher Stadtrat seiner Zeit eine größere Schweine-Mästerei im hiesigen Schlachthof eingerichtet, die amfangs nicht nur eine schöne Einnahmequelle bildete, sondern auch nicht ganz ohne Einfluß auf die Schweinefleischpreise in Karlsruhe blieb. Nun ist in den letzten Tagen unter dem Schweinebestand des Schlachthofes eine Seuche ausgebrochen, weshalb sämtliche Tiere alsbald veranlaßt bezu. geschlachtet werden mußten. Ein Teil des Fleisches gelang gebliebener Tiere wurde in der Fleischmühle ausgekaut.

* Freiburg, 1. Febr. Das mehrfach besprochene Projekt einer Eisenbahn durch das Deger- und Rühlertal nach dem oberen Nistal besteht, wie das „Staatsener Wochenblatt“ von zutreffender Seite erfährt, nur noch zum Teil. Die mit der Untertunnelung des Baches verbundenen enormen Kosten stellen sich dem Projekt als unüberwindliches Hindernis in den Weg. Die Vertreter der beteiligten Gemeinden haben sich deshalb veranlaßt, vorläufig nur die Linie Freiburg - Deger- u. Rühlertal weiter zu verfolgen.

* Gelsheim, 1. Febr. Am Montag vergiftete sich der 22-jährige Sohn des hiesigen Bauers hier mit Strichn. Der aus dem Leben Geschiedene hatte an Schmermt gelitten; vor kurzem erst hatte er sich durch Erhängen das Leben zu nehmen versucht.

* Weidenbach, 1. Febr. Der mit Holzmachen beschäftigte verheiratete 29-jährige Bauer Wed, genannt Roman, wurde gestern nachmittag im hiesigen Gemeindegeld durch einen herabstürzenden Baumstamm so schwer auf den Kopf getroffen, daß er bewußtlos liegen blieb. Heute nacht ist der Verwundete gestorben, ohne daß Besserung sich erlangen zu lassen.

WEISSE WOCHEN

Am Mittwoch kommen zum Verkauf:

Herrenwäsche

Kragen

- Moderne Form jede Höhe 1/4 Dtzd. 95 Plg.
Stehumlegekragen jede Höhe 1/4 Dtzd. 1.65
Leinen 4-fach diverse Formen 1/4 Dtzd. 1.20

Manschetten

- Weiss Maco 1 Knopf 1/4 Dtzd. 95 Plg.
Weiss Maco 2 Knopf 1/4 Dtzd. 1.25
Weiss Leinen garantiert 4-fach 1/4 Dtzd. 1.75

Oberhemden

- Weiss mit Glatten Einsätzen Stück 2.35
Weiss mit Weichem Pique-Einsatz Stück 3.45
Weiss mit Leinen-Einsatz Stück 4.25

Konfirmanden-Oberhemden

- Weiss mit Glatttem Einsatz Stück 1.95
Weiss mit Gesticktem Einsatz Stück 2.50
Weiss mit la. glatttem Einsatz Stück 2.50

Herren-Artikel

- Ein Posten Farbige Garnituren bestehend aus Serviette u. Manschetten Garnitur 68 Plg.
Ein Posten Herkulesträger Paar 58 Plg.
Ein Posten Seidene Kravatten 3 Stück 1.20
Ein Posten Breite Binder nur moderne Dessins Stück 90 Plg.
Ein Posten Weiss Pique-Westen mit 4 Taschen Stück 1.95

Herren-Nacht-Hemden

- Herren-Nachthemden aus gutem Hemdentuch mit Be-ats 2.95
Herren-Nachthemden mit Fältchen, Besatz und Tasche 3.75
" " aus vorzüglichem Hemdentuch Fältchen und eleg. Ausführung 4.50

Damenwäsche

- Damen-Garnitur zns.
Hemd u. Kniebeinkleid mit breiter Stickereigarnitur 4.25
Damen-Garnitur zns.
Hemd mit viereckigem Ausschnitt u. Banddurchzug Hose mit reicher Stickerei und Banddurchzug 6.25
Damen-Garnitur zns.
Hemd mit herzförmigem Ausschnitt, Stickerei-garnitur und Einsatz 7.95
Kniebeinkleid hierzu passend
Damen-Valencienne-Röcke mit Spitzeneinsatz und Garnitur 3.95
Damen-Valencienne-Röcke mit doppeltem Einsatz und breiter Spitze 4.75
Damen-Valencienne-Röcke mit Einsatz, Fältchen und eleganter Spitze 5.75
" " mit doppeltem Spitzeneinsatz Fältchen und Voiantuntertritt 7.50
Damen-Stickerei-Rock mit hochbeleg. Batiststickerei und Seidenbandgarnitur 8.25

Taschentücher.

- Elegante Schweizer Seidenbatisttücher mit Hohlraum mit farbig. Rand 1/4 Dtz. 95 Plg.
Ein Posten Linontücher gestümt 1/4 Dtz. 1.10, 95, 75 Plg.
Ein Posten Batisttücher mit Hohlraum und Buchstaben 1/4 Dtz. 1.10
Ein Posten Batisttücher mit eleganter Medaillonstickerei und Buchstaben 1/4 Dtz. 1.65
Ein Posten Taschentücher gar. rein Leinen m. hand-gest. Buchst. 1. Kart. 1/4 Dtz. 2.95

- Ein Posten Stickerei-Damen-Stehumlegekragen durchweg Stück 38 Plg.

Seltene Gelegenheit!

- Ein Posten Damen-Regenschirme mit farbiger Borde prima Halbwende, Naturgriffe, Paragongestell Stück 3.45

Damen-Gürtel:

ein enormer Posten, einzelne Muster bedeutend unter Preis.

Halbfertiger Blusen

nur feinste Schweizer Stickereien auf Seidenbatist
Stück 2.75 3.25
zum grössten Teil dreifachen Wert.

Schürzen.

- Ein Posten Zierschürzen in modisfarbigem Satin mit modernem Besatz mit Spitzeneinsatz 95 Plg.
Zierschürzen aus braunem waschechten Kretonne mit türkischem Besatz Stück 1.45
Weisse Zierschürzen mit Voiant und Besatz Stück 1.10 und 95 Plg.
Weisse Zierschürzen mit Träger und Stickerei Stück 1.10
Weisse Zierschürzen mit Träger, Voiant und Stickerei Stück 2.35, 1.95, 1.65
Weisse Trägerschürzen mit Voiant u. Stickerei Stück 1.95, 1.45, 1.10
Weisse Hausschürzen mit Zwi-chensatz, gebogt oder mit Säumchen mit Stickerei Stück 1.25
Weisse Hausschürzen extra breit mit Stickerei Säumchen Stück 1.75
Weisse Reformträgerschürzen in eleganter Ausführung Stück 2.25
Ein Posten weisse Kinderschürzen mit Stickerei und Voiant bis für das Alter von 12 Jahren Stück 95 bis 60 Plg.
Ein Posten Damastbezüge Stück 2.50, 2.90
Ein Posten Betttücher aus Dowlas, volle Grösse Stück 1.65
Ein Posten Betttücher Halbleinen Stück 2.25
Ein Posten einzelner Tischtücher bis 100 cm lang, Halbleinen Jacquard, la. Fabrikat Stück 1.85

Handschuhe

- Ein Posten Damen-Handschuhe mit. Spede Paar 70 Plg.
Ein Posten Damen-Blases schwarz und weiss Paar 70 Plg.
Ein Posten weisse Handschuhe mit Spitze, ca. 40 bis 50 cm lang Paar 85, 38 Plg.

Strumpfwaren

- Ein Posten Damen-Strümpfe reine Wolle, ohne Naht gewebt Paar 95 Plg.
Ein Posten Damen-Strümpfe reine Wolle, 60 cm lang gestreicht Paar 1.40
Ein Posten gestrickte Herrensocken starke Winter-Qualität Paar 85 Plg.

Konfektion

- Ein Posten elegant Batistblusen mit Valencienn-Einsätzen Stück 2.75
Ein Posten Batistblusen mit Pilet-Einsätzen Stück 2.95
Ein Posten Kinderkleidchen für das Alter bis zu 7 Jahren in hell, marine und rot, mit Volants und Gürtel Stück 2.95
Elegante Batistblusen mit reicher Spitzengarnitur Stück 7.85
Woll-Batistbluse ganz gefüttert, für Ball und Theater Stück 6.50
Ein Posten Damen-Unterröcke Leinen mit mit hohem besetzten Voiant, mode-grau, blaugrau Stück 95 Plg.

Parfümerie

- Ein Riesen-Posten Einsteck-Kämme zu 1/4 des Wertes
Serie I II III
Stück 18 Plg. 28 Plg. 38 Plg.
Ein Posten Staub-Kämme Wert 45 Plg. Stück 18 Plg.
Ein Posten Frisier-Kämme hell, Celluloidkämme Stück 28 Plg.
Ein Posten Frisier-Kämme schülplattartig meliert Stück 38 Plg.
3 Stück Toiletteseife 25 Plg.

Lederwaren

- Ein Riesen-Posten Damen- und Herren-Tresors Wert zum Teil dreifach Stück 95 Plg.
Ein Riesenposten Kettentaschen bedeutend unter Preis
Serie I II
Stück 48 Plg. 65 Plg.
Ein Riesenposten Lederbeutel
Serie I II III IV
Stück 15 Plg. 28 Plg. 38 Plg. 40 Plg.
Ein Posten Perltaschen mit rundem Bögel, zwei-seitig bestickt Stück 95 Plg.

Damenwäsche

- Damen-Unter-Taillen mit Spitzengarnitur Stück 60 Plg.
Damen-Unter-Taillen mit Einsatz, Banddurchzug und Achselbänder Stück 95 Plg.
Damen-Unter-Taillen mit Stickereigarnitur Stück 1.25
Damen-Unter-Taillen mit herzförmigem Ausschnitt, Stickerei u. Hohlraumchen 1.75
Damen-Ball-Unter-Taillen mit eleg. Stickerei und Seidenbandacheel Stück 2.25
Damen-Anstands-Röcke mit angebogenem Voiant, farbig
Serie I II III
Stück 1.25 1.75 1.95
Damen-Biber-Hosen uni u. gestreift Paar 1.25 1.45
Damen-Biber-Hosen doppelseitig Paar 1.80

Herm. Schmoller & Co

